

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands, „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Wesenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 30 A.

**Inhalt:** Gewerkschaftsfrage und Arbeiterbewegung in neuer Sombart'scher Beleuchtung. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Mahregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. Verbot der Reform der Arbeitsarbeit? Christliche Freiberger. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen usw. — Aus anderen Veräulen: Generalversammlung. — Gewerkschaftsrechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Gewerkschaftsfrage und Arbeiterbewegung in neuer Sombart'scher Beleuchtung.

Auf dem Ende Juli in Breslau abgehaltenen Kongress der christlichen Gewerkschaften hat sich auch der dortige Professor Werner Sombart in einer Ansprache vernehmen lassen, die einige Kritik herausfordert. Dieser Herr beteiligt sich seit vielen Jahren in hervorragendem Maße an sozialpolitischen Erörterungen. Auch über die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation, ihre Geschichte, ihre Bedeutung und ihre Bestrebungen hat er schon viel geschrieben und manches Urteil abgegeben, dem wir zustimmen konnten. Aber immer noch nicht hat Sombart es zu einer abgeklärten und abgeschlossenen Auffassung über Arbeiterorganisation und Arbeiterbewegung gebracht; immer noch ist sein Urteil im allgemeinen kein fertiges; immer noch tastet er schwankend umher, nach Schöpfung und Vermittlungspunkten suchend. Das beweist seine Breslauer Rede an die christlichen Gewerkschaftler. Er begann (wir zitieren nach den „Breslauer Nachrichten“) mit folgenden Worten: „Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist der rechte Ausdruck unserer sozialen Zeitgeschichte. Sie ist ein Ausdruck dafür, in wie rascher Zeit sich die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland durchgesetzt hat. Ich hätte, offen gestanden, noch vor fünf bis sechs Jahren nicht daran gedacht, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung je so groß werden würde, wie sie es geworden ist. Deutschland ist nimmermehr recht eigentlich in die Zeit der gewerkschaftlichen Organisation eingetreten, das spiegelt sich wider in der Zahl der Mitglieder und der inneren Entwicklung, die Sie, meine Herren, durchmachen.“

Wir waren einigermaßen erstaunt, als wir das lasen. Es ist ja gewiß durchaus geboten, daß ein Sozialpolitiker, der die „Gewerkschaftsfrage“ objektiv behandeln will und dabei Anspruch darauf erhebt, als „wissenschaftliche Autorität“ zu gelten, auch die christlichen Gewerkschaften berücksichtigt. Aber das kann ohne Verleugung der Wahrheit nicht in der Weise geschehen, wie es nach vorstehendem Zitat dem Professor Sombart beliebt. In der „christlichen“ Gewerkschaftsbewegung den „rechten“ Ausdruck unserer sozialen Verhältnisse zu sehen, ist einfach absurd. Sombart weiß doch, wie aus seinen Vorträgen und Schriften früherer Jahre nachweisbar, ganz genau, daß diese Bewegung ihre Entstehung und Förderung durchaus kirchlichen Interessen im Zusammenhang mit den parteipolitischen Interessen des Zentrums verdankt. Sie ist geschaffen worden zu dem wer weiß wie oft ausgesprochenen Zwecke, der freien, auf dem Boden des demokratischen Sozialismus stehenden Arbeiterorganisation und -Bewegung entgegenzuwirken, ihre Einheitlichkeit zu vermindern, ihre Mitglieder zu fesseln an die kirchlichen und die parteipolitischen Interessen des Ultramontanismus. In seiner Schrift „Dennoch! Aus Theorie und Geschichte der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung“, 1900, hebt er ausdrücklich die religiöse Indifferenz der christlichen Gewerkschaften hervor. Was die von ihm gekündete Entwicklung der christlichen Gewerkschaften gegenüber der Entwicklung der freien Zentralverbände bedeutet, brauchen wir wohl nicht näher darzulegen. Sie erscheint recht belanglos; jedenfalls kann sie sich auch nicht entfernt messen mit der großartigen Entwicklung der letzteren. Sombart hat sich eine monströse Weberzerrung zu schulden kommen lassen. Im Anschluß

daran hat er mit einer naiven Willkürlichkeit ohnegleichen sein früher schon oft abgegebenes Bekenntnis zum Klassenkampf auf die christlichen Gewerkschaften übertragen. Er jagte: „Es ist eine Kulturfrage, sich als Arbeiterklasse zu organisieren. Die Gewerkschaftsbewegung hat den klaren Gedanken zur Entwicklung gebracht, daß die Arbeiter ihre eigenen Interessen haben, die sie als solche gegen andere Klassen vertreten müssen.“

Diesen durchaus richtigen Gedanken, den die Arbeiterklasse in seiner korrektesten Fassung der Sozialdemokratie verdankt — er wurde zuerst im Jahre 1848 von Karl Marx und Friedrich Engels im „Kommunistischen Manifest“ klar und bündig für die Arbeiter der ganzen Kulturwelt zum Ausdruck gebracht —, kann jemand unmöglich, wenn er nicht ein täuschendes Spiel beabsichtigt, als dem Geiste der christlichen Gewerkschaften entsprechend erachten. Denn diese Gewerkschaften haben ja auf ihren Tagungen und in ihren Organen schon oft das Bekenntnis zum Klassenkampf demonstriert und feierlich abgeschrieben. Glaubt Sombart sie zur Klassenkampfschreie befehligt zu haben? Die ganze Tendenz dieser Organisation ist ja von vornherein schärfstens gegen diese Lehre gerichtet. Und ihre seitherige Praxis nicht minder. Ihr leitendes Prinzip soll nach dem Willen ihrer Gründer und Patrone sein die Klassen- und die Klasseninteressen-Harmonie.

Die eigentümliche Betonung des Wortes „christlich-sozial“ kritisierte Sombart dahin: „Damit sind Sie echte Deutsche: Sie können Ihre Interessenvertretung nicht anders zum Ausdruck bringen, als in der Vereinigung mit der ganzen Weltanschauung; und weil Sie eben andere echte Deutsche, die Sozialdemokraten, als Gewerkschaftler fanden, deshalb mußten Sie beiseite gehen und eine besondere Gewerkschaftsbewegung gründen. Das ist ein großes Unglück für die Gewerkschaftsbewegung, es ist zwar die Entwicklung, aber ein großer Schaden für die Arbeiter. Weil die Weltanschauung in den Mittelpunkt gestellt wurde, konnten Sie mit den anderen nicht zusammengehen. Im übrigen lassen Sie sich gesagt sein: der Materialismus der Sozialdemokraten ist nicht so groß. Kämpfen Sie nicht mit solchen Mitteln, daß Sie den sozialdemokratischen Gegnern Mangel an Idealismus vorwerfen. Die Sozialdemokratie hat eine ebenso hohe Weltanschauung wie Sie, nur eine andere.“

Es ist uns völlig unverständlich, was die Worte „christlich-sozial“, sowohl in ihrer Zusammensetzung wie einzeln genommen, mit „echtem Deutschtum“ zu tun haben. Die christlich-soziale „Weltanschauung“ wurzelt in theologischen Dogmen und religiösen Vorstellungen und ist sonach unvereinbar mit Tendenz und Zweck des Klassenkampfes der Arbeiter. Nur eine Weltanschauung, die von solchen Dogmen und Vorstellungen unbeeinflusst, völlig losgelöst ist, kann für diesen Kampf in Betracht kommen, wie überhaupt für alles das, was die Arbeiterklasse zur Befreiung ihrer Lage und zur praktischen Geltendmachung ihrer Rechte und Interessen unternimmt. Es geht vernünftigerweise nicht an, die „christlich-soziale“ Weltanschauung mit der sozialdemokratischen in Parallele zu stellen, beide gleich zu bewerten. Das, Herr Sombart, ist geradezu horrend unrichtig.

Die verschiedenen Ansichten, in denen die Rede des Breslauer Professors Verbreitung gefunden hat, lassen keinen Zweifel darüber, daß er sich bei seiner Unternehmung zwischen christlichen Gewerkschaften und Sozialdemokratie in groteske Widersprüche verwickelt hat. Ferner gesteht er zu, daß sie ihre Interessen nur in Verbindung mit ihrer „ganzen Weltanschauung“ vertreten können. Den sozialdemokratischen Arbeitern aber macht er zum Vorwurf, daß sie in ihrer Organisation, ihrer Weltanschauung und ihren politischen Bestrebungen Rechnung tragen! Sind denn diese Bestrebungen bei Sozialdemokraten weniger

ein Ausfluß der „ganzen Weltanschauung“, als bei den Christlichen? Wörtlich hat Sombart nach dem bereits zitierten Breslauer Blatt wie nach der „Germania“ und anderen Zentrumsblättern gesagt: „Wenn die Sozialdemokraten eine neue Ordnung gründen wollen, so ist das ihr politisches Glaubensbekenntnis, aber es hat mit der Arbeiterbewegung nichts zu tun, ebensowenig wie die christliche und die nationale Bewegung.“

Sein Ideal also ist eine völlig unpolitische Arbeiterbewegung, vor allem keine sozialdemokratische. Hat der Mann zwei Seelen, in seinem Geiste Raum für zwei entgegengesetzte Ansichten, oder hat er seine Ansicht in diesem Punkt binnen kurzer Zeit geändert? Eine Arbeiterbewegung, die sich von Politik fernhält, ist — das haben wir ja so oft dargelegt — ein Unding, eine Unmöglichkeit, wenn man diesem Worte „Arbeiterbewegung“ seinen Inhalt und seine Bedeutung lassen will. Vor fünf Jahren noch, in seiner schon erwähnten Schrift „Dennoch!“, hat Sombart anders über die politische Arbeiterbewegung geurteilt. Da sagt er S. 18: es sei Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit, die Arbeiter von der Betätigung ihrer politischen Interessen abzuwenden; man könne vom Arbeiter, billigerweise nicht verlangen, daß er unpolitisch werde, oder daß er sich den politischen Bestrebungen anderer Klassen bedingungslos anschließe; er habe ein „Recht auf die tatkräftige Vertretung seiner Interessen im politischen Machtapparat, ebenso wie der Junker u.“ Will Herr Sombart bestreiten, daß die wirtschaftlichen Interessen, die die Arbeiterklasse gegenüber dem Kapitalismus und der ganzen klassenstaatlichen Ordnung zu vertreten hat, nicht engstens und unabwendbar mit politischen Interessen verknüpft sind? Jede wirtschaftliche Frage ist zugleich eine politische und umgekehrt. Sagt Sombart in der vorhin angezogenen Schrift doch selbst, daß politische Interessen des Arbeiters — vor allem sein Interesse an der Gestaltung der Gesetzgebung — bleibe „regie in tausend Fragen der inneren und äußeren Politik, die des Arbeiters Wohl und Wehe berühren“. Militarismus, Weltmachtpolitik, Kolonialpolitik, Zoll- und Steuerpolitik, Verwaltungswesen, Sozialpolitik u. treffen in erheblichem Maße die wirtschaftlichen Interessen des Arbeiters und wirken zurück auf seinen Kampf mit dem Kapitalismus, dem man mit Unrecht den einseitigen Charakter eines wirtschaftlichen Kampfes zuschreibt.

In seinem Buche „Sozialismus und soziale Bewegung“, das kürzlich in neuer Auflage erschienen ist (2. Abschnitt, 8. Kapitel), entwickelt er die Ansicht, daß jede Arbeiterbewegung, die wirklich etwas für die Arbeiter erreichen will, ganz notwendigerweise sozialdemokratisch sein müsse; sei sie es nicht von selbst, so werde sie durch die Logik der Tatsachen dazu gebracht; die Ansicht bürgerlicher Kreise, „daß eine sozialistische und eine gewerkschaftliche, genossenschaftliche Arbeiterbewegung sich ausschließende Gegenstände seien“, sei irrig; es sei ganz in seinem Sinne, wenn der französische Sozialpolitiker Galery das Verhältnis zwischen Sozialismus und Gewerkschaftsbewegung dahin kennzeichnet: „Die Gewerkschaft ist die Elementarstufe des Sozialismus.“ Weiter sagt er da: „Die gewerkschaftliche Organisation trägt dazu bei, auch unter den nichtsozialistischen Arbeitern, die noch von bürgerlichen Parteien im Schlepptau gehalten werden, zu erwecken. Denn wenn die „christlichen“ und „liberalen“ Gewerkschaften ursprünglich auch in der Absicht gegründet sein mögen, den „sozialen Frieden“, den „Ausgleich der Klassengegensätze“ zu fördern, so zwingen ihnen die Tatsachen immer mehr eine proletarische Kampfpolitik auf, wie sie die sogenannten freien Gewerkschaften, oder vielmehr jede gewerkschaftliche Organisation, die diesen Namen verdient, von jeher betrieben haben.“



Man vergleiche damit die direkt und scharf entgegenstehenden Ausführungen, die derselbe Sombart den „christlichen“ Gewerkschaften in Breslau gemacht hat. Seiner Konsequenz im Urteilen und Ratgeben setzte er die Krone auf, indem er schließlich den „Christlichen“ zurief: „Sie aber, meine Herren — und darin erblicke ich Ihre Aufgabe, nachdem Sie einmal da sind — müssen eine solche Macht werden, daß die freien Gewerkschaften mit Ihnen patzieren müssen. Das ist zur Zeit die größte sozialpolitische Aufgabe in Deutschland.“

Hätte Sombart in Übereinstimmung mit seinen mitgeteilten früheren zutreffenden Urteilen über Charakter und Zweck jeder gesellschaftlichen Organisation, die diesen Namen verdient, den „Christlichen“ wirklich guten Rat geben wollen, so hätte er ihnen sagen müssen: „Los von der christlich-sozialen Ideologie! Los von kirchlicher und sonstiger Bevormundung! Weg mit Eurer Sonderorganisation! Ihr müßt Euch, den Kampf zu führen, den freien Gewerkschaften anschließen.“ Das wäre konsequent, das wäre richtig gewesen. Statt dessen wünscht Sombart, die „Christlichen“ mögen durch Nachdruck dazu kommen, die freien Gewerkschaften zu zwingen, mit ihnen zu patzieren. Zu einer Macht, nach dem Herzen Sombarts, werden es die christlichen Gewerkschaften nun freilich nicht bringen. Sombarts andere, früher gedauerte Ansicht wird sich als die richtige erweisen, daß die Logik der Tatsachen auch die sozialpolitischen Arbeiter mehr und mehr zu einer proletarischen Kampfespolitik und in die freien Gewerkschaften zwingt.

### Politische Umschau.

**Bogelfrei!** Es bedurfte eigentlich keiner Beweise mehr, daß streikende Arbeiter in Deutschland bogelfrei sind. Seit der Zeit der abgeklungenen Hund in Breslau ist das allgemein bekannt. Täglich kommt uns diese aufreizende Tatsache zum erneuten Bewußtsein. Wärgelt es in Nürnberg ein Fall passiert, der in dieser Beziehung sogar noch den Breslauer in den Schatten stellt.

In der Automobilfabrik „Union“ zu Nürnberg stehen die Schlosser und Dreher seit dem 1. März im Streik. Der Streik, ohne daß es bis jetzt zu einer Szene auf der Straße gekommen wäre, die Streikenden führten ihren Kampf mit völliger Ruhe durch. Das schien den Groß der Fabrikanten, Maurer mit Namen, noch mehr zu reizen und allem Anschein nach suchte er die Streikenden zu irgend einem unbedachten Schritt zu provozieren, um daraus für sich Kapital schlagen zu können. Am 17. August, Mittags, benahm sich die Streikbrecher derart frech und herausfordernd, daß es zwischen ihnen und den Streikposten zu einem kleinen Gefäßkampf kam. Darauf empfing der Direktor, Maurer, seine Streikbrecher unter dem Vorwand, sie hätten einen Gefäßkampf gemacht, mit dem Worten: „Ihr habt doch Messer in der Tasche; zeigt ihnen doch, daß ihr euch nicht fürchtet!“ usw. Als um 6 Uhr Abends die Streikbrecher die Fabrik verließen, waren sie sofort nach den Posten mit Steinen, und einer zeigte ihnen Revolver und rief: „Der ersten, der herkommt, schieße ich nieder!“ Die anderen waren mit zugefügten Eisenstangen und anderen Werkzeugen versehen und ihre herausfordernde Haltung hatte bald den von ihnen gewünschten Zusammenstoß zur Folge. Die Polizei schritt nicht ein, denn die Angreifer waren nicht die Streikenden, sondern die Arbeitswilligen, und der Fabrikdirektor Maurer war selbst in der Menge; er war mit einem Automobil bewaffnet gefahren und schlug mit einer Luftpumpe aus dem Wagen heraus. Nachdem dies einige Minuten gedauert hatte, ging bald darauf die Schlägerei von neuem los, denn die Streikbrecher, so feig sie sonst sind, schühten sich kolossal mutig, sie waren ja in der Überzahl und mit Waffen gut versehen, außerdem glaubten sie die Polizei auf ihrer Seite. Inzwischen war der Streikleiter herbeigekommen, so daß ihn ein Streikbrecher nieder, ohne daß jener nur eine Miene zum Angriff gemacht hätte. Die Menge drang mitten in die Wut und blieb in der Lage stehen. Der Streikführer wendete sich sofort zurück, der Wutdruck feuerte aber noch weitere zwei Schüsse auf den Zurückgehenden, die ebenfalls trafen, dann ergriß der Wutdruck die Flucht. Nun erst zeigte sich die Polizei tätig. In einem eben dahergefahrenen Automobil suchte ein Polizist Aufnahme, jagte dem Bluthund nach und verhaftete ihn.

Als der Schwerverwundete nachher an der Fabrik vorbeigetragen wurde, läste es bei dem unteren Tor stehenden Personal mit dem Direktor Maurer an der Spitze nur höhnische Gesichtsausdrücke aus. Der Gewerkschaft ist der Genosse Fleischmann, er ist Vater von vier Kindern. Am 20. August ist er den Wunden erlegen und am selben Tage ist der Streikbrecher Wutdruck aus der Welt entlassen! Freilich mußte er entlassen werden, denn der Herr, dem er seine Dienste leistet, er mußte ja als Arbeitswilliger weiter arbeiten!

Am Tage darauf, am 21. August, hat sich ein Arbeitswilliger Maurer in Jülich derselben Methode bedient. Auf eine ruhige Rede hin ließ der Streikbrecher den Streikposten in ungenügend hoher Weise zurück, worauf sich der Posten von gerechtem Zorn übermannt ließ und dem ruhigen Mann einen Schlag auf die Wange versetzte. Darauf gingen beide eine Strecke nebeneinander her, der Arbeitswillige ansehnend ruhig, dabei aber einen geeigneten Moment abwartend, um den Posten „falsch“ zu machen. Plötzlich riß der Schürke seinen Dolch aus der Tasche und ließ ihn dem abgemessenen Streikposten in die Brust, traf aber glücklicherweise das Herz nicht. Um den Wutdruck von eventueller Lynchjustiz zu retten, nahm ihn die Polizei in Gewahrsam. (Lies ihn aber später wieder laufen!) Am anderen Tage schämte sich der niederträchtige Burke im Wirtshaus: „Nur schade, daß ich ihn nicht treffen hab, wohin ich wollte!“ (Das Messer war nämlich an einer

Nippe abgehängt und ging deshalb eine Nippe weiter unten in die Brust.)

Selle Empörung über diesen zweiten Mordanschlag innerhalb weniger Tage ließ am anderen Tage massenhaft die Arbeiter an den Schauplatz des Verbrechens. Es kam zum Zusammenstoß mit der Polizei. Ein Schumann, der mit seinem Säbel wie wild losbrach, wurde durch das Publikum am Brustvergehen verhindert, man nahm ihm seinen Säbel ab. Nun zog der Schumann den Revolver und mit sicheren Augen verlangte er seinen Säbel zurück, andernfalls werde er schießen. Damit nicht weitere Menschenleben geopfert würden, gab man den konfiszieren Säbel zurück. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Der Wutdruck aber befindet sich auf freiem Fuß, er kann jeden Tag weitere Menschen niederhauen!

Daß die Streikbrecher direkt zu Mord und Totschlag aufgefordert werden, dafür haben die anständigen Maurer in Nürnberg-Fürth nun einen direkten Beweis. Ein Sombart hat Arbeitswillige direkt aufgefordert, sich Revolver anzu-schaffen und nachzusehen einzusetzen. Ein Gewerkschaftsführer behauptet die Streikbrecher so: „Er würde, jedem Streikposten, der ihn aufmunterte, mitzuteilen, auf den Kopf schlagen und wenn es einmal gegen ihn käme.“

Infolgedessen ist die Freiheit der Streikbrecher in Nürnberg-Fürth bis zum Eideupunkt gelitten. In der „Fränkischen Tagespost“ schreibt ein Bürger:

„Ich sah am Montagmorgen auf einige Minuten zum Fenster hinaus und bemerkte, daß sieben zwei Männer am Bau von den streikenden Bauarbeitern geprügelten Zinnenbau an der Göttingerstraße um Arbeit vorbrachten. Als sie von der Baustelle zurücktraten, ging ein Streikposten auf sie zu und sprach mit ihnen. Ich kam von meinem Fenster aus dem Streikposten ins Gesicht sehen und glaube daraus ersuchen zu können, daß der Streikposten mit den zwei Genannten auf freundschaftlichem Fuße stehen müsse; ich ersah aber nicht wenig, als ich plötzlich einen der beiden Arbeitswilligen ohne den geringsten Grund einen Revolver ziehen und dem Streikposten vor die Brust setzen sah. Roter Schauer überfiel mich, und als ich sah, daß der bekohnte Streikposten durch schlaunige Flucht in einen nebenanliegenden Laden sich in Sicherheit gebracht hatte, rannte ich, empfand die Kroppe hinstürzen, um der sicher erwarteten sofortigen Verhaftung des Revolverhelden auszuweichen. Aber die Polizei, die streikenden Arbeiter in den letzten Wochen anscheinend oft nur deswegen verhaftete, weil sie gerade im Wege standen, diese Polizei, die harmlos dahergehenden Menschen niederkniet versucht oder droht, ihnen die Hand abhauen, diese Polizei nahm den wie einen Banditen handelnden Arbeitswilligen nicht fest. Erst später wurde auf der Polizeiwache sein Name notiert.“

Ein zweites Schändliches aus dem Medis- und Polizeistadt: In Fürth stand ein streikender Maurer vor einem geprügelten Bau Posten. Auf einmal schritt der Baumstiel Wutdruck auf ihn zu und versetzte dem Streikposten ohne jeden Anlaß einen wuchtigen Schlag ins Gesicht. Auch hier griff die Polizei nicht sofort nach dem prügelnden Unternehmer, sondern man ging gegen die Streikenden vor, so daß es nur deren Zurückhaltung zu danken ist, daß kein Zusammenstoß mit der Polizei erfolgt ist.

Dieses Bilden der Arbeitswilligen Bagabunden in Nürnberg-Fürth ist die direkte Folge der dort wie überall herrschenden Polizeipolitik, bei wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Unternehmern und Arbeiterkassen für die Unternehmer Partei zu ergreifen. Eine solche Politik muß natürlich auf die dadurch verheerend veranlassenden Streikbrecher beruhen, daß diese einen Freibrief für alle Schandthaten zu haben glauben und — wie die hier angeführten und hundert andere Fälle zeigen — auch tatsächlich haben. Kann die Klassenmacht unserer Staatsgewalt zum Ausdruck gebracht werden, als es hier geschieht? Wohl! Allerdings. So manche Wutdrücken führen sich nicht als Verwaltungskörper der Gesamtheit des Volkes, sondern als Schwärmer der herrschenden Klassen, ihre Aufgaben erfüllen sie zum größten Teil darin, die Besitzenden gegen die besitzlosen Teile des Volkes zu verteidigen und zu beschützen. Diese aus dem Klassengegensatz entspringende Aufstellung trägt die Schuld an all den Arbeitermorden, Arbeiterverhaftungen und Vergewaltigungen, die dem öffentlichen Leben immer mehr ihren empörenden Stempel aufdrücken. Darum muß sich unser Kampf naturgemäß gegen diese Aufstellung richten. Wohl wird sie vollständig erst mit der Klassen-gleichheit selbst aus der Welt zu schaffen sein, aber auch durch das Eindringen der Arbeiterkassen in immer mehr Verwaltungskörper und nicht zuletzt durch unsere unausgeglichene Verunsicherung Kritik wird manchem uniformierten Wutdruck das Sandwetter gelegt werden können. Was wir fordern, ist Gerechtigkeit, gleiches Recht für alle! Wir wollen kein Wohlwollen, keine Gefälligkeiten, sondern das volle Recht, das den Angehörigen anderer Klassen zusteht.

Auch der Arbeiter ist ein Mensch und ein Staatsbürger zugleich, selbst dann noch, wenn er streikt.

**Der erlaubte Boykott.** Das Reichsgericht hat, worüber wir in voriger Nummer bereits Mitteilung gemacht haben, die wichtige Frage der rechtlichen Zulässigkeit des Boykotts oder Streiks entschieden, und zwar dahin, daß diese Boykottkampfmittel nicht rechtswidrig sind und Unternehmer Ertrag der Verluste, die sie infolge derselben erleiden, nicht verlangen können. Zur Begründung des Urteils hat das Reichsgericht folgende Thesen aufgestellt:

1. Boykott oder Streik im Lohnkampf sind nicht rechtswidrig. Die Unternehmer können Ertrag der Verluste, welche sie infolge derselben erleiden haben, nicht verlangen.

2. Darin, daß ein Verbot von Arbeitnehmern, der in einen Lohnkampf zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen eingetreten ist, in Gemäßheit seiner Satzungen denjenigen seiner Mitglieder, die sich am Kampfe nicht beteiligen würden, lediglich den Verlust ihrer Mitgliedschaft in Aussicht stellt, ist eine Drohung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung nicht zu finden.

3. Es ist keine durch § 153 der Gewerbeordnung verbundene Drohung, wenn die Partei, welche durch ein solches erlaubte Kampfmittel günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen strebt, den Gegnern die bevorstehende Anwendung dieser Kampfmittel andeutet und dadurch auf deren Entscheidung über die Streikfrage einzuwirken sucht.

4. Es berührt nicht gegen die guten Sitten, wenn Arbeitnehmer zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und zur Beseitigung von Zuständen und Einrichtungen, durch welche sie sich bedrückt fühlen, die Mitwirkung weiterer Kreise des Publikums durch die Presse oder durch Flugblätter anrufen.

Damit ist, wie die „Soz. Praxis“ bemerkt, nicht nur der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel völlig freigegeben, sondern auch für die Auslegung des Begriffs der „Drohung“ im § 153 der Gewerbeordnung hat das Reichsgericht Grund-sätze aufgestellt, die zwar für den Kenner der Gewerkschaftsbewegung eine absolute Selbstverständlichkeit sind, aber für die bisherige Urteilspraxis der Gerichte in Streitprozessen keineswegs maßgebend waren. Das Reichsgericht hat damit auch seine eigene aufsehenerregende Entscheidung vom 30. April 1904 gründlich revidiert. Auch den Mißbrauch des Erpressungs-paragraphen ist durch diese neue Entscheidung in Zukunft ein Riegel vorgelegt. Diese Entscheidung wird ferner auf den Ausgang des gegenwärtig schwebenden „Vierkrüger“ der organisierten Arbeiter gegen die Brauereien und die Gastwirte, die die Brauereierhöhung durch Verteuerung der Bierpreise im glasweisen Ausmaß auf die Konsumentenmassen überwälzen wollen, gleichfalls nicht unerheblich einwirken, da sie die gerichtliche Intervention zu Gunsten der Brauereien unmöglich macht. Auf der anderen Seite aber — sagt die „Soziale Praxis“ — schließlich — werden auch die Arbeiter die Schritte der Medaille zu sehen bekommen. Der Verursacher missliebiger Arbeiter durch die Arbeitgeberverbände und ihre Arbeitsnachweise ist grundsätzlich wieder freier Lauf gelassen, nachdem die Reichsgerichtsentcheidung im Fall des Ginkgungers gegen die Firma Keilung & Thomas die Verursachung des Metallindustrieverbandes schon in die Schranken zurückgewiesen hatte. Nach allem steht die Reichsgerichtsentcheidung vom 12. Juli 1906 einen Wendepunkt in der Entwicklung unserer sozialen Rechtsprechung dar.

Wir vermuten, daß die Tendenz dieser Wendung den Arbeitern nicht günstig ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt bereits: „Durch diese Entscheidung wird die dringende Notwendigkeit des Erfolges eines besonderen Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen bewiesen.“ Also ein Augenhäusgesetz als Kompensation für ein bishigen Recht! Die „Berliner Volksstimme“ meint: „Zunächst wird die Reichsgerichtsentcheidung zweifellos zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe führen, da nunmehr von Seiten der Arbeiter die Waffe des Boykotts noch häufiger und in noch größerem Umfange als bisher angewendet werden wird. Die Folge davon wird sein, daß auch das Unternehmertum unter dem Schutze der Reichsgerichtsentcheidung die Verursachung missliebiger Arbeiter mehr und mehr zu einem Instrument für den täglichen Gebrauch machen wird. Um so eher aber, so darf man hoffen, werden beide Teile aus der Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe die Lehre ziehen, daß man beizeiten zu einem vernünftigen Ausgleich der Interessen kommen muß; dadurch wird man immer mehr zu einer Politik langfristiger Tarifverhandlungen gedrängt. Der von Enjo Ventana als die ausfallschlaueste Form der wirtschaftlichen Friedenspolitik bezeichnete Kollektivvertrag mit langer Gültigkeitsdauer, er ist es, dessen gute Ausföhrung durch die hochbewerksamerte Reichsgerichtsentcheidung begünstigt worden sind. Und das ist ein Fortschritt.“

Der organisierten Arbeiterschaft braucht die Lehre, beizeiten zu einem vernünftigen Ausgleich der Interessen zu streiten, nicht erst zu kommen. Sie hat stets den Standpunkt der Vereinbarung mit dem Unternehmertum vertreten. Etwas anderes kann unter „Ausgleich der Interessen“ wohl nicht verstanden werden. Doch immer war es das Unternehmertum, das der Kollektivvertrags-Politik tonantisch widertriefen. Man darf es einen Fortschritt nennen, daß dieser Fanatismus durchbrochen ist. Aber daß es sich unter allen Umständen um langfristige Tarifvereinbarungen handeln muß, befreiten wir. Die Frage der Dauer der Vereinbarung ist von Fall zu Fall nach Maßgabe der Verhältnisse zu entscheiden.

**Amnestie!** Der sogenannte „Gnadenerlaß“ des Kaisers, der schon lange erwartet wurde, ist nun endlich zur Laufe des Ergeborenen seines ältesten Sohnes eingetroffen. Durch den Erlaß werden „allen denjenigen Personen, welche bis zum Abschluß des heutigen Tages durch Urteil eines preussischen Zivilgerichts wegen einer gegen unter Person begangenen Majestätsbeleidigung oder wegen Verleumdung eines Mitgliedes unserer königlichen Häuser im Sinne der §§ 95 und 97 des Strafgesetzbuches zu Freiheitsstrafen rechtskräftig verurteilt sind, diese Strafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, und die noch rückständigen Kosten in Gnade erlassen.“

Nun wird sich die bürgerliche Presse in den nächsten Tagen in wüstem Entzücken im Staube wälzen. Ganz besonders wird der Unstaud, daß der Kaiser die Verleider seiner eigenen Person „begnadigt“, Veranlassung zu himmelhochjauchenden Jubelstürmen sein. Wir, die Klassenbewußte Arbeiterschaft, haben keine Ursache zu derartigen Lobpreisungen. Denn nichts, auch nicht die größte Kaiserliche „Gnade“ kann das wieder gut machen, was die Klassenjustiz an uns gesündigt hat und fortwährend noch sündigt.

**Der diesjährige Katholikentag.** Eine Veranstaltung der Zentrumspartei, ist in der verflochtenen Woche in Eisen abgehalten worden. Es war die übliche Parabe, wo „Kirchen-sünden“ und andere einflussreiche Herren auf einige Augen-blicke zum Volke „herabsteigen“ und Neben über die „Vortrefflichkeit der göttlichen Weltordnung“ halten. Das „Volk“, vornehmlich Arbeiter, deren abgerackter Körper und abgemähte Gesichtszüge abgeben von der „Gerechtigkeit der Welt“, bilden Schläge; zu Zuhörern beistellen sie sich an dem Festzuge, der bei solchen Gelegenheiten zu Ehren der katholischen Kirche veranstaltet wird. — Solche Paraden sind nicht ver-gleichbar mit unseren Parteitag und Kongressen. Auf den Katholikentagen wird nicht diskutiert, Meinungsverschieden-heiten und Streitfragen werden nicht erörtert. Vernehmen wir alle Zerpflünderungen auf unseren Verammlungen; lassen wir keinen Antrag zu, der auch nur von weitem ver-sucht, als könnte er Kontroversen ver-ursachen. Wir sind nicht dazu da, Kontroversen auszutragen, sondern die Einigkeit zu pflegen und zu fördern.“ Nach dieser Reissigen, die der Reichstagsabgeordnete Gröber als Präsi-dent des Katholikentages aussprach, wurden die Geschäfte erledigt.



Bergebens wird man danach forschen, Forderungen der katholischen Arbeitervereine, der christlichen Gewerkschaften, auf dem Reichstagskongress erörtern zu lassen. Der Arbeitersekretär Giesberts, den man als zweiten oder dritten Vizepräsidenten in den Reichstagskongress gewählt hatte, hat zwar ein langes Loblied auf die katholischen Arbeitervereine gehalten, die zur Hege der religiösen Forderungen und zur Aufklärung über die sozialen Zustände heute nötiger denn je seien, aber zur Verteidigung der christlichen Gewerkschaften, die wiederholt von sozialdemokratischen Zentrumschriften aus dem Lager der Industriellen und Agrarier sowohl als von hohen Klerikern hart angegriffen worden sind — wir wiederholen: zur Verteidigung dieser Arbeitervereine fand der Arbeitersekretär Giesberts kein Wort. Andererseits hat die Zentrumspartei auch die diesjährige Parole nicht vergehen lassen, ohne sich als den sichersten Hort der Reaktion in empfindlicher Erinnerung zu bringen. Vom „schlichten Arbeiter“ aus der M.-Glückbacher Werkstatt bis hinauf zum Großhändler hörte man alle Redner versichern, daß das katholische Volk und die Kirche der sichersten Schutz gegen die Gewalten des Unfortschritts seien. Mit dieser Parole will das Zentrum die soziale Frage lösen.

An die Arbeiter aller Länder richtet das internationale sozialistische Bureau einen Aufruf zur Unterstützung des Opfers des russischen Sozialismus. In dem Aufruf heißt es: „Die radikale Regierung Frankreichs, die reaktionäre Regierung Deutschlands, die Bourgeoisie aller Länder, haben sich zu Mitschülern des Zaren gemacht, indem sie ihm zu hohen Preisen den Sold für seine Verdienste, für seine Genesung, für seine jähwunden Wunden gaben. Jetzt sind die Regierungen einmütig bemerkt, daß sie ihrer Dienstpflicht ein Ende zu machen haben. Jetzt sind der Sache der Freiheit alle mögliche Hilfe leisten, um aus einer unerbittlichen Tyrannei Millionen Menschen zu erlösen! Und wenn gegen jede Erwartung die heilige Allianz der internationalen Reaktion versuchen sollte, in dem Kampfe zu intervenieren, um die revolutionäre Kraftentzerrung zu brechen und die Willkürherrschaft des Sozialismus zu retten, so laßt uns auf Maßnahmen bedacht sein, wie am kaisertumlichen des Willen Russlands zu helfen ist, die durch diese Lage der Dinge noch enger verbunden, nun keinen Unterschied machen werden zwischen dem schon tödlich getroffenen Sozialismus und dem ausländischen Eindringling, der sich zu schänden kommen lassen wird, sich gegen die Selbstständigkeit einer sich ihrer Rechte bewußt gewordenen Nation zu verhielten.“

Jetzt uns also geben und laßt uns großherzig geben! Daß die angekauften Großen der Armen den Sieg bestimmen! Der Aufruf wird willige Herzen und offene Hände finden.

Die Frage der gesetzlichen Regelung des Arbeitsvertrages. Der Ausschuss des Berliner Gewergerates hat in seiner letzten Sitzung einen Antrag angenommen, der die gesetzliche Regelung des Arbeitsvertrages im Hinblick auf die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Dienstvertrag verlangt, mit besonderen Bestimmungen über den Gruppenarbeitsvertrag, eine Frage, mit der sich auch der im nächsten Monat in Kiel zusammengetretene Deutsche Juristentag beschäftigen wird. Der einstimmig gefasste Beschluß geht dahin, an die Gesetzgebenden Körperschaften des Reiches den Antrag zu richten: 1. Den Arbeitsvertrag gesetzlich zu regeln; 2. diese Regelung im Hinblick auf die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Dienstvertrag vorzunehmen; 3. insbesondere Bestimmungen über den Gruppenarbeitsvertrag (Kolonnenvertrag) zu treffen.

Nach den Motiven, die dem Antrag beigefügt werden, haben wir folgendes hervor: Ohne Zweifel lassen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bei der Entscheidung vieler aus Arbeitsverträgen entstehenden Streitigkeiten im Stich. Eine Ergänzung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in dieser Richtung, am zweckmäßigsten des Titels VII G.-D., ist daher wünschenswert. Zunächst wäre festzustellen, daß der Arbeitsvertrag seinem Charakter nach als Dienstvertrag zu gelten hat, daher nach den Bestimmungen der §§ 611 bis 630 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu beurteilen ist, soweit nicht Reichs- oder sonstige Bestimmungen enthalten. Die Parteien müssen geeinigt werden, die Bedingungen, unter welchen sie ihre Arbeitsverträge schließen, so klar zum Ausdruck zu bringen, daß ein Zweifel über den Willen der Parteien und damit eine nachträgliche willkürliche Auslegung derselben, welche beiden Teilen, insbesondere aber dem Arbeitnehmer zu großem Schaden gereichen kann, möglichst ausgeschlossen ist. Zur Förderung dieses Zweckes wäre eine Ausdehnung des Zwanges zur Einführung einer Arbeitsordnung auf alle Betriebe, in welchen Arbeitsverhältnisse vorkommen, insbesondere auf solche, die Kolonnenarbeitsverträge abgeben, im Auge zu fassen, und ferner zu bestimmen, daß außer den in § 134 b vorgeschriebenen Angaben noch Bestimmungen über das Verhältnis der darzustellenden noch bestehenden Kündigungsfristen zur Verpflichtung beziehungsweise Wertschätzung, Arbeitsarbeiten zu leisten; über Arbeitsbedingungen, über die Bezahlung von Wartgeld, über die Stellung der Helfer, über das Verhältnis der Kolonnenführer zu den Arbeitern und zur Firma darüber, daß Zwischenmeister im Zweifel als Arbeitsarbeiter der Firma anzusehen sind; ferner über eine gewisse Haftung des Hauptunternehmers für die Innehaltung der gesetzlichen Bestimmungen, ferner des Zwischenmeisters gegenüber seinen Arbeitern, über Arbeitsarbeiten der Seimarbeiter, über Regelung der Arbeitsarbeiten beim Beschäftigen von Tarifarbeitern, die der beauftragte Auftrag zu Titel VII G.-D. über die obengenannten Fragen enthalten soll, werden dann aufgeführt, wie sie nach einer Umfrage bei den Arbeitgebern und Arbeitnehmerorganisationen als Wünsche der Arbeiterparteien festgelegt wurden.

Auch eine derartige gesetzliche Regelung des Arbeitsvertrages im organischen Zusammenhange mit der Regelung des gesamten Arbeitsrechts, ist von sozialdemokratischer Seite im Reichstage bereits bei Gelegenheit der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches angestrebt worden.

Neue Reichstagswähler. Eine im Hinblick auf die nächste Reichstagswahl sehr interessante Aufstellung ist die folgende: Die Männer über 25 Jahre alt gruppierten sich am 1. Dezember 1900 wie folgt:

25 bis 30 Jahre alt	2 225 108
30 „ 35 „	1 961 917
35 „ 40 „	1 707 739
40 „ 45 „	1 510 102
45 „ 50 „	1 280 849
50 „ 55 „	1 047 716
55 „ 60 „	948 369
60 „ 65 „	755 837
65 „ 70 „	544 800
über 70 „	681 751
über 25 Jahre alt	12 760 888

Wahlberechtigt waren 1903 12 547 000, 25 bis 30 Jahre alt waren 1900 2 225 108 Männer, das sind 17,73 pSt. oder ein hartes Sechstel, woraus hervorgeht, daß nach Ablauf einer fünfjährigen Legislaturperiode ein hartes Sechstel der Wahlerschaft aus ganz neuen Wählern besteht. Da wir im Jahre 1908 mit 13½ Millionen Wahlberechtigten zu rechnen haben werden, so sind davon circa 2 400 000 völlig neue Wähler, die bisher noch nicht gewählt haben. Darunter werden ganz besonders viele sein, die schon unter gewerkschaftlichem Einfluß oder in sozialdemokratischer Tradition aufgewachsen sind. Schon aus diesem Grunde müssen wir 1908 wieder einen erheblichen Fortschritt zu erwarten haben.

Der die Jugend hat, der hat die Zukunft!

Ein neues Kulturwerk. Schon seit Jahrzehnten wird die Frage der Herstellung einer festen Verbindung zwischen England und dem europäischen Kontinent erörtert. Zahlreiche Projekte sind entstanden, unter denen nun noch das der Unterkanalisierung des Kanals den Sieg davontragen zu sollen scheint. Wenigstens beabsichtigt nach Meldungen Londoner Blätter die englische Regierung, in der nächsten Session dem Parlament einen Gesetzesentwurf zu legen, der sich für eine Unterkanalisierung des Kanals ausspricht. Allerdings will die Regierung den Vorbehalt machen, daß es dem Ingenieur Roy, der mit der Ausarbeitung einer den Gegenstand ausführend behandelnden Denkschrift beauftragt ist, gelingt, alle Bedenken zu überlegen, welche seit 20 Jahren seitens der Militärbehörden des Landes gegen den Bau eines Kanaltunnels erhoben werden. Da für die Randung des Tunnels auf seeländischer Seite nur die französische Küste in Frage kommen kann, dürften bei den gegenwärtigen Beziehungen zwischen England und Frankreich jene Bedenken an maßgebender Wirkung erheblich verlorren haben.

Ein Parlament in — Persien! Nach einem Pariser Telegramm erhielt der dortige persische Gesandte von dem neuernannten Großwesir eine telegraphische Anzeige, daß der Schah in Ausführung seines Beschlusses zur Einführung konstitutioneller Verhältnisse in Persien ein Parlament einberufen hat, bestehend aus folgenden Gruppen: den Prinzen des kaiserlichen Hauses, der Geistlichkeit, dem Adel, der Kaufmannschaft, den Industriellen und einer Gruppe der breiten Schichten der Bevölkerung. Das Parlament beabsichtigt in eigenem Wirkungskreis keine Geschäftsordnung. Alle Beschlüsse des Parlaments gelangen durch den Großwesir an den Schah, der sich vorbehaltlich der Beschlüsse entsprechenden Gesetze zu verpflichten. In der Datsche wird hinausgeschickt, daß in Teheran sowie in ganzen Reich die Ankündigung mit großem Jubel aufgenommen und in allen großen Städten öffentliche Feiern veranstaltet wurden.

Aus Teheran meldet dazu das Reichliche Bureau: Der Schah bewilligte endlich die Forderungen des Volkes.

Diese Verfassung, gipfelnd in Staats- und Klassenparlamentarismus, mag uns als eine glückliche erscheinen. Aber für Persien, ein politisch und wirtschaftlich durchaus rückständiges orientalisches Land, ist sie von großer Bedeutung. Sie richtet sich gegen das feierliche despotische Regime. Freilich wird abzuwarten sein, ob die Machthaber da nicht auch nur nach russischem Muster eine politische Komödie zur Bewusstseinsbildung des Volkes spielen.

Frauenrechte in Neuseeland. Allüberall entzündet der Kampf der Frauen um die politischen Rechte. In England hatte sich das Parlament vor mehreren Wochen mit einer Bill zu beschäftigen, die das Wahlrecht der Frauen beantragte; in Frankreich voten die letzten Wochen das Bild einer Massenfundgebung entschlossener Frauen und Mädchen, deren Banner die Worte trug: „Die Frau muß über die Steuern abstimmen, die sie zu zahlen hat, über die Gesetze, denen sie untergeordnet ist.“ Und während die Frauen hier und dort ihr Ziel in schier unerschöpflicher Entschlossenheit sehen, haben sie im fernsten Osten, in Neuseeland, längst das heißerlebte Recht erlangt. Im Jahre 1885 wurde der erste Antrag auf Verleihung des Wahlrechtes an die Frauen eingebracht. Die unangesehene eifrige Propaganda der Frauenvereine fand eine wirksame Unterstützung in den einflussreichen Arbeitervereinen, und im Jahre 1893 hatten die Frauen Neuseelands den Sieg errungen.

## Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

### Deutschland:

#### Maurer:

- Hansestädte:**  
Hamburg (Bauarbeiterstreik), Cuxhaven (Streik);  
**Schleswig-Holstein:**  
Barmstedt (Sperre über Rathjens in Hemdingen);  
**Mecklenburg:**  
Sülze (Sperre über Holldorf), Laage (Sperre über Korf), Kitz (Aussperrung), Wismar (Sperre über Scharf);

### Pommern:

- Gollnow (Sperre über Käster), Stralsund (Streik), Gollnow (Sperre über H. Schütter), Demmin, Greifswald (Aussperrungen), Lücknitz (Streik);

### Ost- und Westpreussen:

- Königs (Aussperrung), Memel, Braunsberg (Streike);

### Schlesien:

- Breslau (Streik der Plattensetzer), Görlitz (Streik), Nelsse (Differenzen);

### Posen:

- Ravitsch (Sperre über Pastal);

### Brandenburg:

- Belzig, Dahme i. d. M. (Streiks), Trebitz (Sperre über Hamann), Flästerwalde (Differenzen), Alt-Carbe (mehrere Sperren), Götzenich (Sperre über Sulge & Schröder aus Hannover), Spandau (Sperre über Makowke);

### Provinz Sachsen und Anhalt:

- Ammerdorf (Sperre über Friedrich und Reichardt), Gardelegen (Streik), Bernburg, Zeitz (Aussperrungen), Mühlberg a. d. Elbe (Sperre über Goldschmidt), Barby (Zimmererstreik);

### König. Sachsen:

- Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, Otto Dietze in Wahren, Hallesche Strasse, F. Bieber in Leipzig-Gohlis, Ecke der Bleichert- und Kaiser Friedrichstrasse, Willy Schödel in Stötteritz, Bau Leipzigstrasse, Müller & Damm in Leipzig-Gohlis, Ullmannstrasse, für Rabbitzputzer die Gips- und Zementbaugesellschaft, Brendelstrasse, und Heinrich Walter in Leipzig-Lindenau), Wurzen (Sperre über Lehmann in Pichau), Hirschberg, Reichenau (Aussperrungen), Grossschärdorf, Reichenbach i. V., Zittau, Freiberg, Mylau, Netzschan (Streiks), Limbach (mehrere Sperren), Naunus (Sperre über Mammel), Penzig (Sperre über Holriegel und Zellner);

### Hannover, Oldenburg und Lippe:

- Emden, Münden (Zimmererstreiks), Jerk-Esterbrügge (Sperre über den Neubau Header in Cranz a. d. Elbe), Hildesheim a. d. Weser, Aurich, Lüneburg (Streiks), Uelzen (Aussperrung);

### Braunschweig:

- Schöningen (Aussperrung), Braunschweig (Streik), Harburg (Differenzen);

### Thüringen:

- Erfurt (Sperre über Wagner), Gera (Sperre über Hirsch), Gotha (Streik), Greiz (Aussperrung), Sonneberg (Sperre über Brückner), Ingersleben (Sperre über Pöhlmann aus Diendorf), Rudolstadt (Sperre über Fischer), Weida (Sperre über Franke);

### Rheinprovinz:

- Velbert, Völklingen, Ratingen, Neunkirchen-Wiehl, Kricheldorf-Friedrichstal (Streiks), Köln (mit Aussperrung bedroht), Opladen (Sperre über Linder aus Barmen), Kira a. d. Nahe (Streik);

### Westfalen:

- Siegen (ganzes Siegerland) (Aussperrungen);

### Bayern:

- Nürnberg-Fürth (Aussperrung), Bayreuth, Burglarnbach, Landskron, Augsburg (Streiks);

### Hessen:

- Borsdorf, Dillenburg, Wehlburg, Bensheim (Streiks), Heppenheim (Sperren über Herschel und Held), Baudenbach bei Heppenheim (Sperre über Horsch), Marburg (Bauarbeiterstreik), Frankfurt (Sperren über die Kaminbaufirma Hof);

### Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

- Colmar, Hassloch (Streiks), Metz (Sperre), Schweitzingen (Sperre über S. Umhey und J. Fackel & Co.), Freiburg (Streik in der Zementbranche), Mundenheim (Sperre über Fabrik Giullini), Rheingönheim (Sperre über Scherf), Singen (Sperren über Schmal und Schweizer), Landau (Sperre über Lauer), Philippsburg (Sperre über Gebr. Gillier);

### Württemberg:

- Stuttgart (Gipserstreik);

### Fliesenleger:

- Nürnberg (Sperre über Ayrole), Breslau (Differenzen), Wanne (Sperre über Zwischenmeister G. Siebert);

### Oesterreich:

- Pilsen, Warnsdorf i. Böhmen, Leibnitz i. Steiermark (Streiks);

### Schweiz:

- Zürich, Lausanne, Neuchâtel, Kreuzlingen (Streiks).

Maurer werden verlangt in Serie i. 23. Meldung bei G. Wendler, Mont Genèvre 20.

Gau Stettin. In Cammin verhindern die am Gewerkschaften alten und jungen Kollegen eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Soffentlich kommen sie recht bald zur Vernunft.

In Cammin stehen die Dinge noch unverändert. In Greifswald versuchte ein Unparteiischer eine Einigung herbeizuführen. Es ist beim Versuch geblieben.

Die Unternehmer wollen es bei dem alten Lohn belassen, verlangen Anerkennung des Arbeitsnachteiles, behalten sich jedoch vor, misliebige Personen nicht einzustellen. Unsere Kollegen verlangen Zulassung einer Rohnerhöhung und Ausschluß jeder Maßregelung.

Die drei Bauarbeiter, um deren Streit mit den Bauern die Aussperrung entstand, sind in der Strafkasse wegen Verurteilung freigesprochen. Den Unternehmern scheint es auf den Nägeln zu brennen, denn ein Unternehmer verkaufte sein Fuhrwerk unter dem Wert.



Auf dem Bau des Unternehmers Budow gab es eine seltene Keilerei zwischen ihm und hiesigen Streikbrechern. Spruch sucht jeder nach hier. Die Keilerei in Berlin und Stuttgart seien hiermit noch eigens genannt; nicht seine Arbeit im Kreiswälder Gebiet. Der einzige Gläubiger ist Kersten. Seinen Posten als Lagerist ist er los und aus dem akademischen Bauwesen ist er entlassen. Ingeborg kann er sich jetzt der Aufgabe widmen, überall in Vorpommern jede Differenz auf die Spitze zu treiben und nebenher auch die Behörden schärf zu machen. Die städtische Verwaltung entließ einen Maurer, drei Zimmerer und drei Arbeiter aus der Berufsfeuerwehr, weil sie die Organisation nicht im Stiche lassen wollten. Den Wöhnen sind je 2,40 Eintrittsgeld zur Krankenkasse abgezogen worden; darüber großer Ärger. 15 Mann hoch maršierten sie nach Eidenau und holten ihre Randleute vom Bau. Sie wollten abreisen. Dem Polier-Krula soll es beim Streit um Auszahlung der Papiere bei Kersten schlecht gegangen sein. Er sagte, er hätte „Wasschen“ gekriegt. Wenn sie nur gut gewesen sind. Sechs Mann sind wegen Obdachlosigkeit in Schutzhaft genommen, einige sind abgereist. Wegen Verlastung des Publikums durch Wöhnen hat die Polizei alle Hände voll zu tun. In einem Prozeß wegen Hausfriedensbruchs sind die Angeklagten, ein Maurer und ein Zimmerer, freigesprochen wegen Un glaubwürdigkeit des Zeugen Kersten.

Im Bezirk Pasewalk, Jähnig-Böckig haben von 35 Unternehmern 12 schriftlich, 8 mündlich und 4 stillschweigend den Lohn von 40 bezogen. 42 1/2 %, die Arbeitszeit von 6 bis 6 Uhr und den Grundlohn: „Laufzeit gilt als geleistete Arbeitszeit“, anerkannt. Diese beschäftigten 240 Gesellen und Poliere. Zum Abschluß eines Tarifvertrages ist es noch nicht gekommen. Der Streik dreht sich darum, welcher Tag Montags benutzt werden soll beginn, um Verzögerung von zwei Stunden. Im Uedermünde im Kreis wird allenthalben von 6 bis 6 Uhr gearbeitet. Im Bezirk Böckig ist die Sache anerkannt; nun soll es, ob mit oder ohne Vertrag, bei der Zeit von 6 bis 6 Uhr bleiben.

**Gau Oden.** In Konig sind sich die italienischen Streikbrecherorden ihrer Würde und Mächtigkeit allmählich bemußt geworden. Nun versuchen sie auch den Spielbürgern dieses durch „schlagende Beiwerte“ beizubringen. Am 12. August hielt der bürgerliche Männergesangsverein in dem Waldlokal „Lusthof“ sein Vereinsvergnügen ab. Als sich in später Abendstunde alles recht gut im Ritzel der Freundschaft amüsierte, plägte auf einmal eine Kolonne Italiener in die Gesellschaft hinein und machte sich dort in der stechendsten Weise breit. Als sie aufgefordert wurden, den Hut abzunehmen und das Lokal wieder zu verlassen, erklärten sie in höflicher Weise: „Wir nehmen keinen Hut für Papst und Kaiser ab und folglich auch nicht für diese Gesellschaft.“ Auch zogen sie lange Dolchmesser und fuchtelten damit den ehrbaren Spielern vor der Nase herum. Aus Furcht vor falschem Glauben verließen die Spielgenossen das Lokal. Dadurch bestärkt, faßten die Raubhölzer frischen Mut und zogen nach dem Schützenhause, wo ein Gaunertreiben stattfand. Auch hier drängten sie die ganze Gesellschaft auf die Straße. Am der ganzen Geschichte den richtigen „Anlaß“ zu geben, schossen die Italiener auch noch ein Duzend Revolverkugeln ab. Allmählich war durch den Ablauf eine Anzahl Zuschauer herangelockt, worunter sich auch einige bejahrte Männer befanden, die dem Skandal ein Ende machten, indem sie den Raubhölzern eine ordentliche Tracht Prügel verabfolgten. Wertwärtigerweise hat die bürgerliche Presse aber nur eine kleine trockene Notiz über die Ausmaßigkeiten der Raubhölzer gebracht. Mit was für Schauerromane würde die Welt wohl beglückt sein, wenn anstatt der italienischen Streikbrecherorden, die aus gesperrten Maurer diese Schandthaten verüben hätten! Bei den Streikbrechern scheint man die Methoden für besondere Tugenden zu halten, während sie stillschweigend in Kauf genommen werden. Wie es aber scheint, hat man den Unternehmern den Blick gegeben, sich dieser unheimlichen und so sehr nützlichen Elemente so bald wie möglich zu entziehen. Jetzt machen die Unternehmern wieder ganz gewaltige Anstrengungen, um einheimische Streikbrecher herauszuholen. Da aber unsere Kollegen noch lahm und besonders ausgeperrt sind, ist es notwendig, daß jeder redensfähige Maurer Konig meidet. Dann wird es nicht sehr lange dauern und die Unternehmern werden einsehen, daß es doch besser ist, wenn sie in Frieden mit den Koniger Maurern leben. Die meisten Unternehmern haben den jetzigen Zustand schon satt, nur persiflieren sie noch immer dem neuen auf die Nummer der Maurer. Die Spinnung wird ihnen aber endgültig geraubt, sobald kein Maurer als Streikbrecher nach Konig geht.

In Dronburg (Ostpr.), wo unsere Mitglieder um den zehnjährigen Arbeitskampf streiten und die Zimmerer ausgeperrt sind, weil sie sich dem Verbandsangehörigen haben, hat sich alles gegen die Bauhandwerker verschoben. Jeder will den Unternehmern aus der Patsche herausheilen. Die Arbeiten werden soviel wie möglich aufgeschoben, damit die Unternehmern so wenig Maurer wie möglich gebrauchen. Selbst die Arbeiten an der evangelischen Schule sind bis jetzt noch nicht fertiggestellt. Die Kinder mußten statt vier Wochen sieben Wochen der Schule fernbleiben. Da aber die Unternehmern immer noch nicht genügend Streikbrecher haben, sind alle Kinder so lange in die katolische Schule eingesperrt, bis es den Unternehmern gefällt, die Forderungen der Maurer zu bewilligen. Auch sonst wird alles mögliche und unmögliche versucht, um den Streikenden den Kampf zu erschweren. Dagegen lägen die Unternehmern das Maue vom Himmel herunter. Sie versuchen dem Publikum plausibel zu machen, daß die Forderung der Maurer zu hoch und darum unerschämmt sei, und daß sie dieselbe nicht bewilligen könnten. Trotzdem gaben sie den minderwertigen Italienern vielmehr als unsere Kollegen fordern. Also ein Beweis, daß unsere Kollegen nicht zu viel, sondern noch zu wenig gefordert haben. Da die Unternehmern erst durch Schaden klug gemacht werden müssen, so wird der Streik noch eine Weile anhalten. Wir ermahnen die Kollegen darum, Dronburg unter allen Umständen zu meiden. Beschäftigt dieses, dann wird auch der Sieg unser sein.

**Gau Berlin.** Der Streik in Wietzen ist nach zehnwöchiger Dauer mit Abschluß eines Vertrages beendet. Die gestellten Forderungen sind bewilligt. Der Lohn beträgt in diesem Jahre 44 % und vom 1. Januar 1907 45 %. Wenn die Arbeit über 5 km vom Wietzen entfernt ist, wird eine Rohzulage von 2 1/2 % pro Stunde gezahlt. Diese Randzulage erhalten aber nur die in Wietzen wohnenden Gesellen oder solche Kollegen vom Lande, die von der in

Frage kommenden Arbeitsstätte weiter als von Wietzen entfernt wohnen. In den Tagen vor den hohen Feiertagen ist nummehr zwei Stunden früher als an den anderen Arbeitstagen Feierabend; bisher wurde nur eine Stunde früher Feierabend gemacht; und vom 1. Januar 1908 ab wird an jedem Sonnabend eine halbe Stunde Vergünstigung gewährt.

In Dahn haben in letzter Woche Verhandlungen mit der Innung stattgefunden, die aber bisher zu keinem befriedigenden Resultat führten.

In Wittenberge ist am 28. August der Streik nach 21 wöchiger Dauer aufgehoben worden. Die Situation und die Arbeitsgelegenheit ließen einen Erfolg nicht mehr erwarten. Die Kollegen haben in diesem langen Kampfe sich sehr brav gehalten; Streikbrecher sind nicht zu verzeichnen. Allem Anscheine nach wollen die Unternehmern nun Rache üben; sie stellen keinen ein, der im Streik und in der Aussperrung gestanden. Es ist aus diesem Grunde und wegen der ganz minimal vorhandenen Arbeitsgelegenheit den abgereizten Kollegen dringend zu empfehlen, nicht nach Wittenberge zurückzukommen, sondern auswärts zu verbleiben.

**Gau Breslau.** Die Kollegen in Reiche richteten im vorigen Jahre an die Unternehmern ein Schreiben, worin sie in Anbetracht der Verhältnisse um eine Rohzulage und um die Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden ersuchten. Die Unternehmern setzten daraufhin den Maximallohn auf 32 % pro Stunde fest mit der Maßgabe, daß jeder Maurer im Besitze eines Wasserometers, zweier Eisen und eines „Feuwerks“ sein müsse. Die zehnstündige Arbeitszeit könnten sie unter keinen Umständen bewilligen, da sie sonst mit den Fußheuten in Differenzen geraten würden. Auf Grund dieses Schreibens ersuchte die Rohnkommision um eine mündliche Unterhandlung, da die Gesellen diese Zugeständnisse unter den obwaltenden Verhältnissen als nicht weitgehend genug ansehten. Es erfolgte weder Antwort, noch wurden die verprochenen 32 % gezahlt. Der Unternehmern Anders bestieg sich sogar soweit, daß er zu seinen Gesellen den Wunsch äußerte, sie möchten doch ihrer Rohnkommision den Hintern verbaugen. In diesem Jahre stellten die Gesellen wieder eine Forderung und zwar lautete sie auf 36 % Stundenlohn und Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden. Wegen dieser Forderung kam es am 18. August zwischen den Rohnkommisionen der Arbeiter und den Unternehmern zu Unterhandlungen. Die Gauleiter, die ebenfalls an den Beratungen teilnehmen wollten, wurden von den Unternehmern mit dem Bemerkten zurückgewiesen, daß die Arbeiter keine Vermöher gebrauchen. Nach zehnstündiger Verhandlung wurde eine Einigung erzielt, indem die Unternehmern einen Stundenlohn von 33 % und die zehnstündige Arbeitszeit zugestanden. In einer am selben Abend abgehaltenen Versammlung wurde das Abkommen gutgeheißen. Damit ist die Rohnbewegung in Reiche für dieses Jahr abgeschlossen. Die Kollegen mögen jetzt dafür sorgen, daß ihre Organisation ausgebaut wird, damit sie im nächsten Jahre gerüstet dastehen und neue Forderungen mit Nachdruck stellen können.

**Gau Leipzig.** Der Stand der Aussperrung in Reiche ist sehr günstig. Es sind nur noch 15 Aussperrte zu unterfrühen. „Arbeitswillig“ sind 45 Gesellen. Es sind dies meistens alte Leute, die uns nicht schaden, sondern nur den Unternehmern. So sind in den letzten Tagen Maurer im Alter von 60 Jahren eingestellt worden, die schon 20 Jahre keinen Hammer und keine Säge in der Hand gehabt haben; solche Maurer sind den Unternehmern herzlich zu gönnen. Von den Aussperrten ist noch keiner „arbeitswillig“ geworden. Mit welcher Wahrscheinlichkeit die bürgerlichen Blätter über die Aussperrung schreiben, beweist der „Leipziger Anzeiger“, der kurz vor der Aussperrung schrieb, daß die Rinden der Aussperrten halb durch fremde Arbeitskräfte ausgefüllt sein würden. Bis jetzt sind aber fremde Arbeitskräfte, trotz aller Bemühungen der Unternehmern, nicht gekommen. Es ist nur zu bedauern, daß es noch immer Maurer gibt, die solche Blätter unterstützen. Große Hoffnungen hatten die Unternehmern auf die böhmischen Maurer gesetzt, die nicht mit ausgesperrt wurden, obgleich die meisten Verbandsmitglieder sind. Aber welche ein Schred! Auch die getreuen böhmischen Maurer verschmähten es, den Unternehmern in der Not zu helfen; sie erklärten sich mit uns solidarisch und legten die Arbeit mit nieder. Da nun die Unternehmern mit den böhmischen Maurern schlechte Erfahrungen gemacht haben, versuchen sie ihr Heil mit den braunen Söhnen Italiens. Es saßen auch, als wenn ihr Vermöhen mit Erfolg gekrönt sein würde, denn alle Vorbereitungen zum Empfangen waren schon getroffen; aber auch die Söhne Italiens zogen es vor, sich in anderen Orten Arbeit zu suchen, wo nicht solch niedrige Röhne wie in Reiche gezahlt werden. Da nun die Unternehmern keine „Arbeitswilligen“ bekommen und die Arbeit treibt, so fühlten sich maßlos reichlich ein Meister und dessen Techniker genötigt, selbst mit zu arbeiten. Wenn diese Herren sich auch nicht an die etwas schwierigeren Vorderfront wagten und den Schluß ihrer Tätigkeit nur an die Hinterfront verlegten, so sah es doch belustigend aus, anstatt sogenannter „Bedarfsarbeiten“ Leute im Stehtragen und Manschettieren mit der Säge hantieren zu sehen. Diese wollten jedenfalls demonstrieren, daß es ohne die gewöhnlichen Maurer auch möglich ist, ein paar Steine zu legen. Na, gut Glück zum Handwerk! Die Aussperrung ist eine Maßprobe der Unternehmern. Sie haben gesehen, daß die Zahl der Mitglieder immer stärker wird, um sie sich nun nicht über die Hand machen zu lassen, glauben sie, durch eine Aussperrung die Organisation zu vernichten, um dann die Maurer um so leichter ausbeuten zu können. Dieses wird ihnen aber nicht gelingen; dafür werden die Aussperrten sorgen. Die Polizei stellt sich auch hier in den Dienst der Unternehmern. Alle Straßen nach dem Bahnhof sind für die Aussperrten verboten; wenn ein Aussperrter mit der Bahn fortfahren will, so soll er erst eine schriftliche Bewilligung bringen. Aber alle diese Schikanen der Polizei werden an dem Siege der Aussperrten nichts ändern.

**Gau Erfurt.** In Weidau hat der Unternehmern 8 Punkte 20 Kollegen gemäßigelt. Infolge dessen ist sein Geschäft gespart.

Der Streik der Steinhöfener in Gossel ist nach zwölfwöchiger Dauer durch Vereinbarung beendet. Der Lohn erhöhte sich im Durchschnitt um 3 % pro Stunde, so daß nach beendeter Bezeit 35 %, im zweiten Jahre nach der Bezeit 38 % und

im dritten Jahre 41 % gezahlt werden. An gewöhnlichen Sonntagen ist um 6 Uhr, an den Vorabenden der hohen Feiertage um 4 Uhr Feierabend und zwar unter Wegfall der Vesperpause, jedoch ohne Rohzulage. Die Arbeit ist am 21. August wieder aufgenommen worden.

**Gau Nürnberg.** In Bayreuth ist in der letzten Woche in dem Stande des Streiks infolge einer Aenderung eingetreten, als ein Unternehmern die Forderung bewilligt hat mit Ausnahme der zehnstündigen Mittagspause, die unsere Kollegen, um ein Entgegenkommen zu zeigen, haben fallen lassen. Wenn es nun den Unternehmern ernst ist, den Kampf beizulegen, so können sie mit uns eine gleiche Vereinbarung treffen, andernfalls der Kampf mit noch größerer Energie und bis zur äußersten Konsequenz durchgeführt wird. Die Zahl der Streikbrecher ist seit Wochen die gleiche geblieben, und es ist auch nicht zu erwarten, daß sie größer wird; denn von auswärts lassen sich keine Kollegen fangen, und aus den eigenen Reihen werden auch keine Kollegen umfallen.

In Bayreuth wurde der Kampf durch die Aussperrung in Nürnberg und Fürth recht ungünstig beeinflusst. Die wenigen Streikbrecher haben die notdürftigsten Arbeiten fertiggestellt, und neue Arbeiten wurden nicht in Angriff genommen. Unter solchen Umständen hatte der Kampf keine Wirkung mehr. Die Kollegen beschloßen deshalb, ihn zu betragen, bis die Situation wieder günstiger für uns geworden ist.

In Nürnberg-Fürth verschärfte sich der Kampf von Tag zu Tag. In der letzten Woche ist die Zahl der Streikbrecher um 35 niedriger als in der vorausgegangenen Woche, so daß zur Zeit etwa 10 pzt. der Maurer ersetzt sein dürften. Wohl müssen wir sagen, daß die Polizei in der schärfsten, ja geradezu in provozierender Weise gegen die Streikenden vorgeht und auch die Streikbrecher von den Unternehmern mit Revolvern, Messern u. dergl. ausgerüstet werden, ohne daß die Behörden etwas dagegen einzunehmen hätten. Diese Zustände haben auch bereits ihre Folgen gezeigt: Ein braver Genosse wurde durch die Kugel eines Streikbrechers so schwer verletzt, daß er kurze Zeit darauf verstarb; auch einer unserer Kollegen wurde von einem solchen Schuß durch einen Stiel in die Brust verfehlt, und nur dem Umstand, daß das Messer auf einer Rippe abprallte, ist es zuzuschreiben, daß der Gestoßene noch lebt. Da alle diese Mittel den Unternehmern den gewünschten Erfolg nicht gebracht haben, so reisen sie einzeln im Lande umher und revidieren die Rohlisten ihrer Kollegen. Wenn sie nun einen finden, dessen Namen auf der schwarzen Liste steht, so muß er unumwidlich entlassen werden. Aber auch dieses Mittel wird seinen Zweck verfehlen. Wie es scheint, hat es in der Unternehmerrorganisation inzwischen einen „kleinen“ Strich gegeben; denn in der letzten Woche sind ausgehende Schriftstücke nicht mehr von den bisherigen ersten und zweiten Vorständen gezeichnet, sondern von einem recht alten Herrn, der früher einmal Vorsteher gewesen ist und jetzt die Würde eines „liberalen“ Magistratsrates trägt, und für den es von Vorteil ist, daß er nicht alles beweisen muß, was er unterschreibt. Daß die Arbeiten drängen, geht aus daraus hervor, daß, trotzdem bei Beginn der Aussperrung die Baufonjurture eine sehr günstige war, seit dem 1. Juli beim Stadtmagistrat Nürnberg, ohne Fürth, 206 Baugesuche eingereicht wurden, wovon 1 Schulhausneubau, 77 Wohnbauten- und Fabrikgebäude, 44 Hüttengebäude und 84 Aenderungen und Reparaturen betreffen. Die Zahl der Baugesuche, die im Vergleich zu der gleichen Zeit vor dem ersten Juli höher ist, würde aber noch um ein Bedeutendes größer sein, wenn nicht von allen Seiten gebremst würde; hat doch der Stadtmagistrat beschlossen, bis zum Ausgang der Bauarbeiterbewegung keine Submissionen auszufertigen.

**Gau Stuttgart.** Der Streik in Tübingen ist nach fast neunwöchiger Dauer am 25. August beendet worden. Vereinbarung wurde für dies Jahr ein Lohn von 38 %, für 1907 von 40 %. Vorher wurden 33 bis 36 % gezahlt.

Der Gipsstreik in Stuttgart dauert unverändert fort. Da die Herren Gipsmeister jetzt wirklich schimpfen, so scheinen sie recht nett in der Klemme zu sitzen.

**Gau Mannheim.** Die Kampfweise der Unternehmern in Heppenheim an der Bergstraße dürfte wohl zu den Selteneiten gehören. Streikbrecher sind auch an der Bergstraße nicht mehr aufzutreiben. Der Unternehmern Herrschel verfiel auf die Idee, die Unternehmern in Heppenheim seien gut genug hierzu. Piff! Wie er einmal ist, erklärte er seinen Kollegen kurz: „Wenn Ihr mit nicht aus der Klemme helft, so unterschreibe ich den Tarif.“ Dieses half. Donnerstag, den 16. August, stellten sich die Unternehmern zum Gaudium der Einwohnerschaft als „arbeitswillige“ Maurer bei Herrschel ein; diese Herrlichkeit dauerte, wie vorausgesehen war, nur einundneunzigsten Tag.

Herrschel hat auch im nächsten Dorf, in Laudenbach, zwei Bauten in Angriff genommen; auch hier wußte er sich zu helfen. Diese Bauten vergab er an einen dortigen Unternehmern namens Goren. Diesem glückte es auch, zwei Streikbrecher zu erhalten; die Namen dieser Herren sind: Joh. Roe, H. Reidingert. Sie waren nicht zu bewegen, die Baustellen zu verlassen, trotzdem die Streikommision lobende Arbeit für sie ausgemacht hatte. Hier liegt böswilliger Streikbruch vor. Der Bürgermeister von Laudenbach schickte sich Dienstag, den 21. August, berufen, die Streikposten zu betreiben. Wie ein wütendes Tier kam er auf die Streikposten zugerannt und forderte sie auf, sofort die Straße vor dem Bau zu verlassen, widrigenfalls er sie sofort verhafte. Die Streikposten sahen aber ruhig der Dinge zu, die da kommen sollten. An der ruhigen Haltung der Streikposten klumpfte sich die Wut des sich allmählich fühlenden Bürgermeisters bald ab. Später erklärte der Bürgermeister den Posten, nur ihrer ruhigen Haltung sei es zu verdanken, daß es zu keinem Zusammenstoß gekommen sei. Hier sieht man wieder so recht deutlich, wie Streikbrechergeiz fabriziert werden.

Ueber die Situation des Streiks in Neunkirchen ist folgendes zu berichten: Der Kampf ist ein sehr hartnäckiger. Die Unternehmern versuchen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, die Maurer mürbe zu machen. Besonders groß sind ihre Anstrengungen, Streikbrecher zu gewinnen. Es ist ihnen dies auch in einigen Fällen gelungen. Die Bauarbeiter rekrutieren sich aus der Streik-



nachher Gegend. Von allzu großer Bedeutung ist dieses jedoch nicht, da es nur einige sind. Gelingt es uns auch weiterhin, namhaften Zugzug herbeizuführen, so muß der Streik doch mit einem Siege für die Maurer enden. Die Ausbauer und Opferfreudigkeit der Kollegen ist anerkanntswürdig. Das Kennzeichen der Unternehmung und die mit ihm im Grunde stehende Polarisierung gehen gegen die Kollegen in einer einseitigen Weise vor, die so recht das faarabische System kennzeichnet. Unserem Bezirksleiter, Kollegen Schütz, wurde schon einmal ohne allen Anlaß mit Verhaftung bedroht. Kollege Romb aus Ludwigshafen, der zur Unterstützung des Bezirksleiters vom Bauvorstand hierhergefordert wurde, ist schon zweimal verhaftet worden. Bei Ausbruch des Streiks lief der Unternehmer gleich mit dem geladenen Revolver vor seiner Wohnung auf und ab und gebärdete sich beim Anblick friedlich vorbeigehender Maurer wie rasend; die scharflichen Drohungen waren dabei zu hören. Ein Staatsanwalt schreitet da nicht ein. Für eine ähnliche Handlung wurden in Lübbau eine größere Anzahl Arbeiter zu Buchstrafen bis zu acht und zehn Jahren verurteilt. Ferner wurden die Streikenden beim Passieren der Straße von einer auf einem Bau postierten Horde Streikbrecher mit Stocken so bombardiert, daß an einem gegenüberliegenden Hause ein Rolladen vollständig demoliert wurde und ein Kind in größter Lebensgefahr schwebte. Der Bauunternehmer Meier lief den streikenden Maurern, die sich vollständig ruhig verhielten, mit einem riesigen Bernharbierhund nach und verlangte von der Polizei die Verhaftung, nicht etwa der raufwütigen Streikbrecherbande, sondern der bedrohten Maurer. Ob sich der Staatsanwalt für diese Sache interessiert, wissen wir nicht. Sämtliche Bauten sind zu ganzen Tag förmlich von Polizisten und Gendarmen umstellt, wahrscheinlich, wie ja immer aus solchen Anlässen, um Ausschreitungen vorzubeugen. Von dem Charakter und der Bildung der Bauunternehmer kann man sich durch Nachschauen eines trefflichen Bild machen. Durch eine Notiz in der „Neuen Saarbrücker Zeitung“ veranlaßt, in der es u. a. heißt: daß die Unternehmer zu Unterhandlungen geneigt seien, daß Unterhandlungen mit den Arbeitern im Gange seien und daß die Unternehmer die Forderungen der Maurer bewilligen wollten, ohne einem mehrjährigen Vertrag zuzustimmen, fragte Kollege Schütz telefonisch bei dem Unternehmer, Hoffmann in Neunkirchen an, ob dieses auf Wahrheit beruhe. Er erhielt hierauf die liebenswürdige Antwort: „Mit Kumpen unterhalten ich nicht.“ Wie stark es die Unternehmer treiben, ohne von der Polizei daran gehindert zu werden, zeigt nachfolgendes Ereignis. Am Samstag Morgen gingen zwei Maurer an einem Bau vorbei, um einige dort noch arbeitende Maurer zu bewegen, sich ebenfalls ihren um Verbesserung ihrer Lage kämpfenden Brüdern anzuschließen. Doch ehe sie mit den Kollegen sprechen konnten, kam der Unternehmer mit seinem Hund dahingefahren. Der Meister, mit zwei Revolvern und einem Stod bewaffnet, ging in Begleitung eines großen Hundes auf die beiden Maurer los, schickte den Hund auf sie, so daß sie nun das Weite suchen mußten, und sich nur mit Mühe und unter Zuhilfenahme des Meisters des Hundes erwehren konnten. Was nach Gefährdung ging die wilde Jagd; hier gelang es den Kollegen, mit einem abfahrenden Hunde nach Saarbrücken zu entweichen. So sehr nun Neunkirchen in letzter Zeit mit Polizisten und Gendarmen überfüllt ist, bei dieser Gelegenheit war keiner da, der dem Menschenjäger ein Galt zugerufen hätte. Nach der Verfassung ist vor dem Gesetz jeder Preuze gleich; trotzdem bleibt mancher Nobdy mit Hund und Revolver unbehelligt, während ehrliche Arbeiter mit Hund gehen werden können, ohne daß weder ein Gahn noch ein Gendarm danach kräht.

**Saar Frankfurt a. M.** Der Streik in Kaffienburg ist beendet. Die Unternehmer haben 3 1/2 Lohnsteigerung ausbezahlt, womit sich die Kollegen vorläufig zufrieden gaben. Der Erfolg hätte besser sein können, wenn die Einigkeit unter den Kollegen besser gewesen wäre. Offenbar lernen die Kollegen des Kaffienburger Zweigvereins aus der diesjährigen Bewegung, dann werden die Erfolge in Zukunft größer sein.

In Kien a. d. R. a. h. sind die Kollegen am 22. d. M. in einen Streik eingetreten. Es handelt sich hauptsächlich um Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und eine entsprechende Lohnsteigerung. Die Arbeitseinstellung war fast chunmäßig, nur wenige Arbeitswillige blieben den Unternehmern treu. Bleibt die Einigkeit der Kollegen weiter so, dann kann der Ausgang des Kampfes nicht zweifelhaft sein. Die Kollegen sind sich aber auch über die Schwierigkeiten des Kampfes klar. Einige Fortschrittswillige beherrschen im Ort die öffentliche Meinung. Nur allzu leicht ist die Verführung geneigt, sich dem Willen „almächtiger“ Unternehmer zu beugen. Aber diese Schwierigkeiten sind durch die Einigkeit und Energie der Kollegen zu überwinden.

Zu einer weiteren Arbeitseinstellung ist es in Benschheim gekommen. Auch dort handelt es sich um Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und eine Lohnsteigerung. Die Arbeitseinstellung am Orte und in der Umgebung ist gut. Bleibt auch hier die Einigkeit unter den Kollegen bestehen, wie sie bei der Arbeitseinstellung war, dann der Ausgang kein zweifelhafter sein. Gewaltig unruhig sind die Kollegen im Zweigverein Wiehe-Beglar. Eine außerordentlich gute Aussicht hat bei der Zahl der beschäftigten Kollegen bedeutend zugenommen. Umgefahr 800-1000 Kollegen sind in den beiden Orten, mit zusammen ca. 40.000 Einwohnern, gegenwärtig beschäftigt. Vor mehreren Wochen beantragten nun unsere Gießener Kollegen bei dem Unternehmerverband eine Teuerungszulage. Man beriet darüber in gemeinsamer Sitzung, und die Unternehmer willigten in eine Lohnzulage von 2 1/2 bis 4 1/2 pro Stunde für die Maurer an den Neubauten der Grenzlinie ein. Unsere Kollegen wollten damals gleich, da sie mit Recht Ursache bei den übrigen Kollegen befürchteten. Das Vorgehen ist eingetreten. Die Unternehmer ließen die Zulage für die 320 Kollegen an der Linie eintreten, aber die anderen in der Stadt beschäftigten Kollegen sollten eine Zulage nicht haben. Darüber herrscht nun Erörterung und Erregung. Wie die Sache enden wird, ist nicht abzusehen; Arbeitseinstellungen sind trotz des bestehenden Vertrages in einer so schwierigen Situation, die lediglich durch die unglückliche Entscheidung der Unternehmer geschaffen ist, nicht ausgeschlossen. Wichtig ist es in Weglar. Ein Unternehmer zahlt allen Kollegen 2 1/2 über den Vertragslohn, andere Unternehmer

teilweise auch. Dadurch ist auch hier Unzufriedenheit eingetreten, die zu heftigen ebenfalls Pflicht der Unternehmer sein wird. Der Weglarer Streik dauert unverändert fort.

**Saar Dornum.** Der Streik der Stuckateure in Dornum ist am 25. August beendet worden. Es ist ein Vertrag abgeschlossen, der vom 1. August 1907 die neuverpflichtende Arbeitszeit vorstellt. Der Vertrag läuft — wie alle anderen — bis zum 1. April 1908.

**Saar Dornum.** Von Hatzburg melden wir vorige Woche, daß sämtliche Kollegen der Stundenlohn von 37 auf 38 1/2 erhöht wurde. Die Hoffnung der Unternehmer, daß diese Maßnahmen dazu beitragen, die Kollegen aus unserem Verbande zu locken, hat sich nicht erfüllt. Jetzt werden schärfere Gesetze aufgeföhren. Zunächst hat man allen Unorganisierten und solchen Kollegen, die durch die Agitation der Unternehmer wieder dem Verbande den Rücken kehren, den Stundenlohn um einen weiteren Pfennig, von 38 auf 39, erhöht. Nur einige Maurer sind es, die sich diesen Zuschüssen zahlen lassen. Die übergroße Mehrheit der Kollegen ist sich bewußt, daß mit Hilfe des Verbandes noch höhere Löhne zu erzielen sind, während ohne ihn wieder Abzüge gemacht werden. Aber auch mit Maßregelungen geht man vor. So a. B. ist unserem Kassierer, sowie einigen anderen an der Leitung stehenden Kollegen gekündigt worden. Der Kampf um unsere Organisation spielt sich immer mehr so. Aus diesem Grunde bitten wir, den Zugzug fernzuhalten.

In Braunschw. und Schöningen toben die Kämpfe unverändert fort.

In Bielefeld ist der Unternehmer Stodmeier gesperrt. Die Ursache ist folgende: Bei ihm wurde von drei unorganisierten Maurern in Afford über 10 Stunden gearbeitet. Die Beschwerde der Lohnkommission hatte keinen Erfolg. Bielemeier erklärte er, es wäre ihm einzeln, ob die Arbeit bei Tage oder Nacht fertig würde. Nunmehr traten die Stodmeierischen Maurer zusammen, erklärten, unter diesen Umständen nicht mehr weiter arbeiten zu können und stellten die Forderung an den Unternehmer, die betreffenden drei Maurer zu entlassen. Die Entschlossenheit, mit der die Forderung aufgestellt wurde, zeigt am besten, wie unbeliebig sich die drei auf den Bauten gemacht hatten. Die Verhandlung der Lohnkommission mit Stodmeier, die hierauf stattfand, war wiederum ohne Erfolg. Später erklärte er durch ein Schreiben an den Gesellenausschuß, den drei Fassadenputzer hätte er die Lieberstunden verboten mit der Ausnahme, wenn sie Gesimse und Vergiebeln zu gießen hätten, weil hierbei die Arbeitszeit nicht genau inne gehalten werden könne. Die Verhandlung war jedoch der Meinung, daß, wenn Reigung für Lieberstunden, wie in diesem Falle, vorhanden sei, so trotz dieser Bestimmung Abend Lieberstunden gemacht werden würden; es würden dann eben diese fraglichen Arbeiten kurz vor Feierabend in Angriff genommen. Wäre es dem Unternehmer in Möglichkeit um geregelte Arbeitszeit zu tun gewesen, so hätte er der Lohnkommission von Anfang an diese Zugeständnisse machen können und die Sache wäre erledigt worden. Es wurde darum die Sperre über ihn verhängt.

In Lachenborn bei Gelle, wo unsere Kollegen seit dem 13. August streikten, ist am 26. August Verhandlung gewesen und der Streik beendet. Der Stundenlohn, der bisher bei zehnstündiger Arbeitszeit 30 1/2 betrug, erhöhte sich am 15. September auf 35 1/2 bei zehnstündiger Arbeitszeit. Dann sind noch Lohnnachfragen über Vergrößerung der Wege, die über 3 km entfernt sind, getroffen. Die Abmachungen sollen Gültigkeit bis zum 30. Juni 1907 haben, der Ablauf sollen neue Verhandlungen stattfinden. Dem Unternehmer Knoop aus Gehlingen, der bisher nur 28 1/2 Stundenlohn gezahlt hat, gingen die getroffenen Abmachungen zu weit, er hat deren Erfüllung abgelehnt. Sein Geschäft bleibt daher gesperrt, bis er sich eines Besseren belommen hat.

Auch in Menden ist der Kampf beilegt. Durch Vermittlung des Herrn Landrats, dem der Neubau des Kreishauses sehr am Herzen liegt, haben am letzten Freitag Verhandlungen stattgefunden, deren Ergebnis war, daß sich der Lohn bei Aufnahme der Arbeit von 40 1/2 auf 42 1/2 erhöht. Eine weitere Erhöhung auf 45 1/2 tritt am 1. April 1907 ein. Ueber die Lohnsteigerungen bis das Jahr 1908 sollen unter der Leitung des Herrn Landrats im Herbst 1907 Verhandlungen stattfinden, dann soll auch die Vergrößerung der Arbeitszeit unter zehn Stunden festgelegt werden.

**Saar Bremen.** Die Streiks in Aurich und Oldenburg dauern fort; eine Milderung ist noch nicht eingetreten. In Leer hat am 8. August eine Verhandlung in Sachen der Lohnforderung stattgefunden, die aber zu keinem Resultat geführt hat. Die Unternehmer erklärten, nichts bewilligen zu können. Den Gewerkschaften an der Sitzung teilnehmen zu lassen, hatten sie vorher abgelehnt. Damit glauben die Unternehmer, die Lohnbewegung aus der Welt schaffen zu können. Als darauf am anderen Morgen mehrere Kollegen abriefen, schien ihnen die Situation doch ebenfalls zu werden. Sie richteten deshalb an den Gesellenausschuß folgendes Schreiben:

Leer, den 8. August 1906.

An den Gesellenausschuß der Maurer!  
Die Arbeitsgeber sind zur Zeit nicht in der Lage, den geforderten Lohnzuß von 48 1/2 als Stundenlohn zu zahlen. Falls indes eine nochmalige Aussprache eventuell in Gegenwart ihrer Vertreter über die Lohnfrage gewünscht wird, sind wir zu einer Zusammenkunft bereit.

Namens der Arbeitsgeber:  
G. B. Thien.

Leider haben unsere Kollegen sich anfänglich nicht um die Sache gekümmert, und so ist die Sitzung unterblieben. Dann aber sandten die Unternehmer unter dem 13. August nachfolgendes Schreiben ein:

Leer, den 13. August 1906.

An den Gesellenausschuß der Maurer!  
Um ein friedliches Einvernehmen mit dem Gesellenstand zu erwirken, haben die Arbeitsgeber beschlossen, dem Gesellenausschuß auf Ihre (sic.) Eingabe vom 11. d. M. folgendes zu erwidern:

Die Arbeitsgeber bewilligen für einen normalen Maurer- gesellen als Stundenlohn 42 1/2 vom 20. August ab, wenn eine schriftliche Mitteilung beim Gesellenausschuß mit Unterschrift des Vorstandes eintuft, daß dieser Lohnzuß bis zum 1. April 1908 als bindend betrachtet werden soll; sollte dieser Antrag nicht genehmigt sein, werden nicht mehr wie 40 1/2 gezahlt. Namens der Arbeitsgeber:  
G. B. Thien.

Aus diesem Schreiben geht hervor, daß der Stundenlohn bis 1. April 1908 um 2 1/2 erhöht werden soll. Was die Herren unter einem „normalen“ Maurer gesellen verstehen, wissen wir nicht; wahrscheinlich wissen sie es selber nicht. Im Schlußsatz des Schreibens zeigt sich so recht der Herrenstandpunkt der Unternehmer in Leer. Welch hohe Meinung die Herren Bauunternehmer von ihren Arbeitern überhaupt haben, zeigt eine Milderung des Unternehmer- des Bries gegenüber einem seiner Bremer Kollegen. Der Herr meinte, seine Leute seien so zahm, daß sie ihm aus der Hand fräßen; dieser Herr bezahlt auch seine Maurer und Bauarbeiter am allergeringsten. Es wird hohe Zeit, daß sich unsere Kollegen in Leer endlich einmal befreien und den Unternehmern gelegentlich einmal zeigen, daß sie nicht lediglich ihre Arbeitstiere sind. Am Montag, 20. August, hatte sich eine Versammlung unserer Kollegen mit dem Angebot der Unternehmer beschäftigt. Kollege Giebels kritisierte in scharfen Worten das Gebahren der Unternehmer und die Ausföhren des Herrn de Wits; er empfahl am Schluß seiner Ausführungen, das Angebot anzunehmen. Hoffentlich lernen unsere Kollegen in Leer einsehen, daß mehr für die Organisation getan werden muß als bisher, damit auch in Leer endlich menschenwürdige Zustände auf den Bauten geschaffen werden können.

In Rokenburg (Hannover) haben die Unternehmer unseren Kollegen freiwillig den Stundenlohn von 40 auf 44 1/2 erhöht. Es herrscht dort gegenwärtig eine rege Bautätigkeit; die neue Bahnlinie Rokenburg-Rokenburg-Groven hat in den genannten Ortschaften viel Arbeit gebracht. Unsere Kollegen in Rokenburg haben sich gleichfalls mit Forderungen an die Unternehmer herangewandt. Sie fordern eine Vergrößerung der Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden bei einem Stundenlohn von 40 1/2. Hoffentlich gelingt es unseren Kollegen, dies ohne Schwierigkeiten durchzusetzen.

In Oldenburg haben die streikenden Kollegen den Lohnzuß gefordert, den Streik aufzugeben. Nach Lage der Dinge war dieser Wunsch das Beste, das sich tun ließ. Trotzdem wird den Oldenburger Unternehmern nichts gekümmert sein; denn es ist noch nicht aller Tage Abend.

**Saar Hamburg.** In Schönow ist den Unternehmern der neugegründete Zweigverein ein Dorn im Auge. Die Herren lassen es an allerlei Schikanen nicht fehlen. Auch werden die größten Anstrengungen gemacht, Arbeitskräfte von auswärts heranzuziehen, namentlich sucht man Kollegen, die in Afford arbeiten wollen, trotzdem die Affordarbeit in Lübbau verboten ist. Alle Bemühungen waren aber bisher vergeblich. Da die Unternehmung bei der guten Konjunktur flüchtigen, die Gesellen können noch in diesem Jahre mit größeren Forderungen kommen, haben die Unternehmer den Lohn von 35 1/2 auf 37 1/2 pro Stunde erhöht.

In Guxhagen haben die Kollegen beschloß, mit den Unternehmern Verhandlungen anzubahnen. Die Herren verlangen aber bedingungslos Unterwerfung, wie aus folgendem Schreiben der Baugewerksinnung „Baufächte zu Guxhagen“ hervorgeht:

Der unterzeichnete Vorstand ist beauftragt, Ihnen auf Ihr Schreiben vom 15. d. M. nachfolgende Mitteilung zu machen.

Es ist beschloßen worden, eine mündliche Verhandlung abzulehnen, weil die Gesellen von der sonst gültigen Vereinbarung abgewichen sind. Sie wollen jedoch den Gesellen Gelegenheit geben, in das frühere gute Verhältnis wieder einzutreten, wenn die im Auslande befindlichen Gesellen innerhalb acht Tagen sich melden, daß sie die Arbeit zum alten Lohnzuß wieder aufnehmen wollen. Sollte dies nicht der Fall sein, so würden sie durch fremde Arbeiter ersetzt werden müssen. Julius Göbel.

Was der Satz bedeuten soll, „die Gesellen sind von der sonst gültigen Vereinbarung abgewichen“, ist unverständlich, um so mehr, da der Zweigvereinsvorstand schon im Januar dieses Jahres um Verhandlungen nachgesucht hat, die Unternehmer aber hochmütig das Schreiben an die Arbeiter zurückgeschickt haben. Damit war der Weg der gültigen Vereinbarung abgeschnitten. Nun versuchen sie, die Arbeiter für den Streik verantwortlich zu machen. Mit den „fremden Arbeitern“ haben die Herren schon während der ganzen Dauer des Streiks gedroht, aber trotz redlichen Bemühens ist es bisher nicht gelungen, fremde Maurer heranzuziehen und hoffentlich wird es auch diesmal bei der Drohung bleiben. Ueber die Bemühungen der Unternehmer, die Streikenden, die in der Umgebung in Arbeit stehen, zu verdrängen, haben wir bereits berichtet. Endlich ist es ihnen nun bei dem Unternehmer Schöllermann in Otterndorf gelungen, vier Kollegen hinauszugraufen. Herr Schöllermann ist Mitinteressent der Kalksteinfabrik in Nordholz und als solcher wurde er von den Unternehmern aus Guxhagen damit bedroht, daß man bei der Fabrik seine Stühle abnehmen würde, wenn er die Maurer aus Guxhagen nicht entließe. Diefem Drucke hat Schöllermann nachgeben müssen, aber der Erfolg für die Guxhagener Kräfte ist ausgeblieben, denn ein anderer Unternehmer in Otterndorf hat die Entlassenen mit offenen Armen aufgenommen. Von jetzt 120 in den Streik eingetretenen Kollegen waren in der letzten Woche nur noch sieben zu unterrichten.

Den Hendsburger Kollegen ist es gelungen, in Auhof eine Zählstelle des Verbandes zu gründen. Die dortigen Unternehmer haben den Lohn- und Arbeitsstark des Hendsburger Baugewerks anerkannt, was für die Auhöfener Kollegen einen guten Fortschritt bedeutet.

In Penrabe haben die Unternehmer vom 17. August an den Stundenlohn von 45 1/2 auf 50 1/2 freiwillig erhöht, trotzdem der im Jahre 1905 abgeschlossene Tarifvertrag noch Gültigkeit bis zum Frühjahr 1908 hat. Wie aus dem nachfolgenden „Grundstein“ veröffentlichten Situationsbericht hervorgeht, ist die Nachfrage nach Arbeitskräften hier nicht zu befriedigen und um die vorhandenen Arbeitskräfte zu fesseln, hat man sich an obiger Lohnsteigerung verstanden.

#### Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Sterberegels darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgeführt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- die Sterkerunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterzeichnung auszugeben ist.







teilweise erregte Debatte, daß die Sache vertagt werden mußte. In der zweiten Versammlung, die am 10. August in den „Industrie-Feisalen“ stattfand, wurde die Sache jedoch kurz und ruhig erledigt. Für den Antrag der Rentieriergruppe wurden 72 Stimmen abgegeben, und dagegen mit 78 Stimmen auf Antrag einer erweiterten Sitzung des Sektionsvorstandes beschloffen, die Angelegenheit bis zum Verbandstag zurückzustellen. — Hierauf verlas der Kassierer dieselbe die Abrechnung vom zweiten Quartal. Die Einnahmen betrugen  $\text{M} 31.937,22$ , die Ausgaben  $\text{M} 13.916,39$ , so daß ein Kassenbestand von  $\text{M} 12.480,83$  übrig blieb. Für Streifbeiträge vom Jahre 1905 wurden im ersten und zweiten Quartal  $\text{M} 1849$  vereinnahmt. In der Diskussion über die Abrechnung wurde ein Antrag gestellt, wonach die rückständigen Streifbeiträge unbedingt bis zum 1. Oktober dieses Jahres bezahlt sein müssen. Der Antrag wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Die in der Abrechnung aufgeführten Miete von  $\text{M} 20$  im Monat für das Arbeitsnachweisbüro wurde von mehreren Rednern als zu hoch bezeichnet. Dem Kassierer erteilte die Generalversammlung einstimmig Decharge. Dann wurde über verschiedene Aufnahme- und Ausschlußanträge verhandelt. Beschloffen wurde, die Kollegen Emil Marquardt und Emil Volkmann gegen eine Buße von je  $\text{M} 10$  und Hermann Runge gegen  $\text{M} 20$  Buße wieder aufzunehmen. Die Bußen fließen in die Kasse. Die Kollegen Schmold und Wilmel sollen dem Tage, wo sie sich an der Baupolizei beteiligten, als wieder aufgenommen gelten. Ausgeschlossen wegen Streifbüßes, Arbeitsverweigerung oder anderer Vergehen gegen die Grundregeln der Organisation wurden: Otto Dietrich, August Krieg, August Hilgenborg, August Trebbin, Emil Marx, Julius Kowalski und Cesar Gebide. Die Kollegen Stanislaus Koziora, Karl Müller, Jakob Naber, Karl Böschmann, Wilm. Paul, Paul Bielefeld und Karl Weich erhielten wegen Arbeitsverweigerung die Warnung, daß im Wiederholungsfall eine Ausschlus aus der Organisation erfolgen wird. Ebenfalls wurde das unsolidarische Verhalten der Kollegen Ernst Lehmann, Franz Krieger, Leopold Sur und Albert Webersdorf von der Versammlung gerügt. Als Delegierte zur Gewerkschaftskommission wurden die Kollegen Otto Gaele, Rudolf Grundmann und Wilm. Remm gewählt.

**Borghoff.** Der hiesige Zweigverein hielt am 19. August seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nachdem die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt waren, ermahnte der Vorsitzende die Mitglieder, streng dafür einzutreten, daß der Vertrag innegehalten würde; bei Streitigkeiten solle man sich sofort an den Obmann der Schlichtungskommission wenden. Zum Schluß rief der Redner noch den schlichten Verfallensbesuch. Es wurde hierauf beschlossen, wer nicht alle vier Wochen einmal die Versammlung besucht, zahlt 50  $\text{M}$  in die Kasse.

**Bromberg.** Am 17. August tagte hier eine Mitgliederversammlung. Kassierer Kollege Schwarz hielt einen Vortrag über: „Die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften“. Zunächst erörterte er das Wesen der Arbeitslosigkeit und der Sklaverei im Altertum sowie das Zustandekommen in späteren Jahren. Zu allen Zeiten ist die Lebenslage des Arbeiters erschwerlich gewesen als jetzt, wo die sogenannte Gewerbefreiheit herrscht. Während früher die Grundbesitzer und Arbeitgeber gezwungen waren, den Arbeiter einermöglichen zu zu behandeln, wenn sie seine Arbeitskraft gebrauchen wollten, ist heute der Arbeiter auf seine eigene Kraft angewiesen und dient nur dem Kapital und dem Grundbesitzer als Ausbeutungsojekt. Zwar hat der Arbeiter das Recht, sich mit seinen Gleichgesinnten zusammenzuschließen, um seine Lage zu verbessern, doch steht dieses Recht meistens nur auf dem Papier, weil der Kapitalismus Trumpf ist in der Welt. Erst durch den Zusammenschluß in freien Gewerkschaften ist die Lage der Arbeiter etwas besser geworden, jedoch sind allen erwerbenden Vorkriegern schwere Kämpfe vorangegangen. Aufser Aufgabe muß es daher sein, die Gewerkschaften mit allen Kräften auszubauen und zu stärken, um allen Kämpfen gewachsen zu sein. Bei Lohnforderungen besteht vielfach die Gefahr, zu gleicher Zeit auch eine Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern, da scheinbar der Vorteil des erhöhten Lohnes durch die kürzere Arbeitszeit in Waagschale kommt. Doch dürfen wir es als unsere Hauptaufgabe betrachten, die Erhaltung des Achtstundentages durchzusetzen. Auch müssen die Arbeiter sich mehr der politischen Organisation zuwenden und ihr Wahlrecht besser wahrnehmen. Namentlich muß die Solidarität und die Einheit der Arbeiter untereinander besser werden. Ein böses Übel, das die Arbeiter überhaup hat, ist die Affordarbeit, durch die die Kräfte der Kollegen bis zum äußersten ausgenutzt werden. Auch die Arbeitszeit wird auf die möglichste Weise künstlich verlängert. Wir müssen uns für spätere Kämpfe rüsten und zeigen, daß unsere Organisation gut ist; nur dann werden die Unternehmer Respekt bekommen, und der Sieg wird auf unserer Seite sein. Auch in Bromberg nimmt die Lohnbrüderlei im Affordwesen überhand. Es wurde der Beschluß gefaßt, im kommenden Frühjahr eine Reform der Affordporei anzubahnen, damit wenigstens ein einheitlicher Preis errungen werden kann. Hierauf entspann sich eine Debatte über einen Kollegen, weil er verschiedene Bauten und Fassaden zu gleicher Zeit übernimmt. Weiter wurde noch vom Vorstehenden gerügt, daß Kollegen, wenn sie zur Sitzung geladen werden, sehr selten oder überhaupt nicht erscheinen. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf das Gelingen des Zentralverbandes geschlossen.

**Brandenburg.** Hier fand am 19. August eine stark besuchte Mitgliederversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung führte der Gaudvorsitzende, Kollege Schwarz, aus, daß sich eine größere Sitzung mit den Verwaltungsarbeiten und mit der Agitation in den umliegenden Orten befaßt hat, da der Kollege Lenz sein Amt als Vorsitzender niederlegen wollte, indem seine wirtschaftlichen Verhältnisse infolge seiner langjährigen Tätigkeit für die Arbeiterbewegung am Orte ziemlich gerüttelt sind und er deshalb eine Zeit lang Ruhe bedürfe. Die Sitzung habe die Gründe des Kollegen Lenz auch anerkannt und sich deshalb mit der Frage der Anstellung eines Stellvertreters befaßt. Da aber die Einnahmen der Lokalkasse, selbst wenn ein Zuschlagsbeitrag erhoben wird, lange nicht ausreichen, um die Kosten für eine solche Einrichtung zu decken, muß davon Abstand genommen werden. Um aber mehr Mittel für die Agitation in der Umgegend und für Unterstützung bei einem längeren Kampf zu schaffen, wurde die Sitzung der Versammlung den Vorschlag, 5  $\text{M}$  Zuschlag für die Lokalkasse zu erheben. Nachdem nach Kollege Lenz die Gründe, die ihn

zur Niederlegung seines Amtes gezwungen haben, der Versammlung mitgeteilt und verprochen hatte, daß er auch ferner für die Interessen der Brandenburger Arbeiter eintreten würde, genau so, wie er es als Vorsitzender getan habe, wurde der zweite Vorsitzende, Kollege Wiedowst, als erster und als zweiter Vorsitzender Kollege Lenz gewählt. Auch wurde beschlossen, vom 1. September an 5  $\text{M}$  Lokalschlag zu erheben, so daß der Beitrag 50  $\text{M}$  beträgt. Bei dem Punkt der Tagesordnung „Reinigungsgeld“ wurde über die Affordarbeit gesprochen. Es wurde von verschiedenen Rednern ausgeführt, daß die Mißstände bei der Affordarbeit zum Himmel stinken und darum unbedingt im Interesse der Mitglieder und im Interesse des Verbandes beseitigt werden müssen. In Brandenburg selbst liegt eine dem anderen die Affordarbeit herunter. Wenn ein Bau eben angefangen ist, laufen schon die sogenannten Kolonnenführer dem Unternehmer die Tür ein, um die Affordarbeit zu erhalten, trotzdem die Arbeiter den ganzen Sommer mit der Bärnerie geküßt werden. Aber nicht allein am Orte selbst wird die Samstagskurrenz betrieben, sondern es ist eine ganze Anzahl Kollegen vorhanden, die die ganzen Unternehmer in Ost- und Westpreußen und Pomern mit niedrigen Affordpreisen bombardieren und den inneren und äußeren Zug für jeden Preis annehmen. Ob die Kollegen am Orte Segner der Affordarbeit sind, oder ob sie höhere Preise haben, darum kümmern sich diese Leute nicht, sondern es wird die Arbeit für jeden Preis angenommen und dann darauf losgewürst, damit ein Ueberfluß erzielt wird und der Unternehmer seine Arbeit billiger fertig bekommt. Aber auch selbst die zehnstündige Arbeitszeit respektieren diese Ausschläge nicht. Kommen sie an einen Ort, wo die Arbeiter noch nicht organisiert sind und noch 12 bis 13 Stunden arbeiten müssen, so wählen die Affordführer auch solange. Hiernach den Nichtorganisierten mit einem guten Beispiel voranzugehen, wird noch alles vorhanden, so daß die Kollegen glauben, daß die Verbandsmitglieder es noch schlechter machen, als es schon ist. Aber ganz besonders hat sich eine Kolonne in Malsburen hervorgetan. In diesem Orte ist erst im vergangenen Jahre durch große Opfer die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt und auch von den einheimischen Kollegen aufrecht erhalten worden. Der Brandenburger Affordkolonne ist aber der zehnstündige Arbeitszeit nicht lang genug, sondern es wurde selbst an diesem Orte 12 bis 13 Stunden geschuftet. Scheinbar wurde um 6 Uhr Feierabend gemacht, sobald aber alles vom Bau war, ging das Wähen noch einmal los. Und diese Geister schlüpfen sich dann noch Verbandskollegen. Damit nun nicht alles von einzelnen Kollegen verdorben werde, wurde beschlossen, in nächster Zeit eine Versammlung mit der Tagesordnung: „Affordarbeit“ einzuberufen. In dieser Versammlung sollen dann Verhaltensregeln für die Affordführer am Orte und auch für außerhalb beschloffen werden, damit diese Kollegen, denen das Solidaritätsgefühl noch vollständig fehlt, wenigstens lernen können, was sie zu tun und zu lassen haben, und ihnen deutlich das Sandwerk gelegt werden kann. (Auch für einige Bromberger und Thörner Kollegen passen diese Ausführungen. Der Berichterstatter.)

**Kasse.** In der Mitgliederversammlung am 22. August referierte Genosse Mühlbeisig über den historischen Materialismus. Für die anderthalbstündigen Ausführungen wurde dem Redner reicher Beifall gesendet. Eine Strafsprache Müller gegen Loh wurde nach beiderseitiger Aussprache als erledigt betrachtet. Nur wurde vom Vorstand der Wunsch geäußert, daß solche Inzuchtigkeiten in der Folgezeit verschwinden möchten; denn dadurch wird die Einheit der Kollegen nicht gefördert. Sodann wurde den Kollegen das Buch „Kultur und Arbeit“ zur Anschaffung empfohlen. Der Preis beträgt sonst  $\text{M} 1,50$ , durch die Verbandsleitung wird es laut Beschluß vom 12. Januar für  $\text{M} 1$  abgegeben; die restierenden 50  $\text{M}$  trägt die Lokalkasse. Der Vorlesende gab nochmals den Beschluß betreffs der Affordarbeit bekannt und ersuchte, ihn überall Geltung zu verschaffen. Im weiteren wurde der laue Versammlungsbesuch kritisiert und ersucht, die Versammlungen so zu besuchen, wie die heutige, damit Wissen und Bildung gefördert werde. Ein Antrag Deege, sein Gehalt monatlich um  $\text{M} 15$  zu erhöhen, wurde nach kurzer Debatte mit überwiegender Majorität angenommen. Hierfür forderte alle Kollegen auf, Abonnement des „Volksblatt“ und Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins zu werden und schloß mit einem fröhlichen Schlusswort die sehr stark besuchte Versammlung.

**Sitten.** Am 18. August fand im Lokale des Herrn Kröll eine öffentliche Baugewerkschafterversammlung statt. Als Referent war Kollege Labor aus Solingen erschienen. Er sprach über das Thema: „Der Bauarbeiterethos, wie er ist und wie er sein müßte“. Der Referent erlebte seine Aufgabe zur Zufriedenheit der Versammlung. In der folgenden Diskussion ergänzten mehrere Kollegen den Vortrag in einigen Punkten; außerdem wurden verschiedene Mißstände auf den Bauten kritisiert. Nachdem seitens eines Kollegen das propädeutische Verhalten eines Poliers zur Sprache gebracht worden war, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im Lokale des Herrn Kröll, Gildes, tagende öffentliche Baugewerkschafterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu arbeiten, um den Bauarbeiterethos in wirksamer Weise als bisher zu fördern. Die Versammlung erwartet aber auch von den Behörden, daß sie den Bauten mehr Aufmerksamkeit als bisher schenkt.“

**Witten.** Unter Versammlungsbefehl vom April d. J., wonach jegliche Affordarbeit verboten ist, löst verschiedentlich auf Schwierigkeiten. Wir machen darum nochmals darauf aufmerksam und betonen zugleich, daß bei jedem Verstoß unweigerlich der Ausschlus aus dem Verbands erfolgt.

**Militz.** In der Mitgliederversammlung am 19. August verlas der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal. Die Redner hatten es nicht für nötig gehalten, in der Versammlung zu erscheinen. Abhand wurde vom Vorstehenden angeregt, wie wir unsere Versammlungsbefehl verbessern. Darauf wurde der Beschluß gefaßt, daß jedes Mitglied zweimal im Jahre die Versammlung besuchen muß oder eine Strafnote von 50  $\text{M}$  zu flehen hat. Der Beschluß tritt mit diesem Jahrsjahre in Kraft.

**Müglitz bei Dresden.** Am 18. August tagte im „Sächsischen Hof“ in Dohna eine öffentliche Maurer-, Zimmerer- und Bauarbeiterversammlung. In Punkt 1: „Bericht über

den abgeschlossenen Lohn- und Arbeitsvertrag für das Baugewerbe zwischen dem Baugewerkschaftenverband in der Antischauhinnschaft Birna einerseits und den Zentralverbänden der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter Deutschlands — andererseits“, erläuterte das Lohnkommissionsmitglied, Kollege Franz Burckhardt aus Dresden, den abgeschlossenen Vertrag in allen seinen Teilen. In der Diskussion brachten mehrere Kollegen zum Ausdruck, daß einzelne Paragraphen für uns günstiger ausgefallen wären, wenn uns nicht die organisierten Streikführer von Dresden in den Rücken gefallen wären und die Unternehmer nicht unterläßt hätten. Die Driftkosten der Antischauhinnschaft Birna sind in fünf Lohnbezirke eingeteilt. Der Lohn ist wie folgt festgesetzt: Es erhalten bis 31. März 1907 im ersten Lohnbezirk Maurer und Zimmerer 47  $\text{M}$ , Bauhilfsarbeiter 37  $\text{M}$ , im zweiten Lohnbezirk Maurer und Zimmerer 44  $\text{M}$ , Bauhilfsarbeiter 34  $\text{M}$ , im dritten Lohnbezirk Maurer und Zimmerer 40  $\text{M}$ , Bauhilfsarbeiter 31  $\text{M}$ , im vierten Lohnbezirk Maurer und Zimmerer 37  $\text{M}$ , Bauhilfsarbeiter 28  $\text{M}$ , im fünften Lohnbezirk Maurer und Zimmerer 36  $\text{M}$ , Bauhilfsarbeiter 27  $\text{M}$ . Vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 erhalten im ersten Lohnbezirk Maurer und Zimmerer 50  $\text{M}$ , Bauhilfsarbeiter 40  $\text{M}$ , im zweiten Lohnbezirk Maurer und Zimmerer 46  $\text{M}$ , Bauhilfsarbeiter 36  $\text{M}$ , im dritten Lohnbezirk Maurer und Zimmerer 42  $\text{M}$ , Bauhilfsarbeiter 33  $\text{M}$ , im vierten Lohnbezirk Maurer und Zimmerer 40  $\text{M}$ , Bauhilfsarbeiter 31  $\text{M}$ , im fünften Lohnbezirk Maurer und Zimmerer 38  $\text{M}$ , Bauhilfsarbeiter 29  $\text{M}$  pro Arbeitsstunde Mindestlohn. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, mit Ausnahme des ersten Bezirks, wo sie vom 1. April 1907 ab 9 Stunden beträgt. Kollege Burckhardt riefte, daß während des neunmündigen Kampfes zu wenig Kollegen das Streikgebiet verlassen haben. Die Abstimmung ergab, daß der Vertrag im ersten Bezirk, Müglitz und Umgebung, mit 70 gegen 7 Stimmen angenommen wurde. Um etwaige Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern zu schlichten, wurde von jeder Gewerkschaft ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter gewählt. Solange diese nicht den Frieden herbeiführen, so soll die betreffende Sache der Kommission übergeben werden, die aus dem Vorstand des Bauarbeiterverbandes und den Mitgliedern der Lohnkommission der Arbeiter besteht. Nachdem Kollege Burckhardt die täumigen Beitragszahlen an pünktliches Zahlen der Beiträge ermahnt hatte, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Gau Mühlstein.** In den letzten zwei Jahren ist der Glaube der Unternehmer, daß infolge der südbayerischen Gemütslichkeit und der ländlichen Verhältnisse hier die Organisation und die „Sozi“ nichts ausrichten könnten, fast erschüttert worden. Unsere Herren „Arbeitgeber“ mögen sich sträuben wie sie wollen, sie können sich schließlich der Einsicht nicht verschließen, daß sie bald in allen Orten mit dem Maurerverband zu rechnen haben. Auch das erste Halbjahr 1906 wurde mit schönen Erfolgen abgeschlossen. Der Verband zählte im Gau Mühlstein bei Abschluß des zweiten Quartals 37 Zweigvereine mit 6317 Mitgliedern. Das sind mehr gegenüber dem ersten Quartal: 11 Zweigvereine und 951 Mitglieder und eine Erhöhung gegenüber dem vierten Quartal 1905 um 14 Zweigvereine und 2053 Mitglieder. Der Verband hat in fast allen bedeutenderen Orten feste Burzel gefaßt und der innere Ausbau der Organisation schreitet in erfreulicher Weise vorwärts. Die Situation unter den Mitgliedern ist auf das unermessliche Maß zurückgegangen, ein Zeichen davon, daß das nötige Vertrauen zum Verband und die richtige Ueberzeugungstreue unter den Mitgliedern vorhanden ist. Entsprechend der Stärke der Organisation ist ebenfalls eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den südbayerischen Maurern eingetreten. Lohnbewegungen sind neuer bei je 20 zu bezeichnen. Davon entfielen bisher 16 mit guten Resultaten. In 15 Orten wurden mit den Unternehmern Tarifverträge vereinbart. — Mit uns haben aber auch die Unternehmerorganisationen Fortschritte gemacht. Das muß ein neuer Ansporn für uns sein, durch unermüdbare Agitation auch in Zukunft am Ausbau des Maurerverbandes tüchtig mitzuarbeiten. Die Kollegen dürfen indessen nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sie müssen sich samt und sonders auch der politischen Organisation anschließen und für deren Stärkung rege Sorge tragen.

Ferner ist noch sehr beachtlich: Bei allen Lohnkämpfen wurde die Erfahrung gemacht, daß die bürgerliche Presse, allen voran das „Neue Münchener Tagblatt“ und die überaus giftige „Neue Augsburger Zeitung“, die Arbeiterbewegung mit Loh und Spott überhäufte und das Unternehmertum gegen die Arbeiterforderungen schärfte. Darum hinaus mit solchen Wäutern aus den Arbeiterwohnungen. Die „Münchener Post“ ist das Blatt, das sich nie scheut hat, für die gerechte Sache der Arbeitererschaft rückstandslos einzutreten. Sie wird auch fernerhin stets auf unserer Seite stehen. Veräume deshalb kein Maurer, das Organ seiner Interessen und seiner politischen Partei durch promptes Abonnement und durch energische Agitation tatkräftig zu unterstützen.

In München ist der Kampf in Bezug auf die Baugewerkschaften prägnant und verbessert worden. Die früheren Bestimmungen: „Fassaden, Mäbils- und Feuerungsarbeiten werden, wie bisher, nach freier Vereinbarung ausgeführt und besser bezahlt“, wurden von beiden Seiten verschieden ausgelegt, so daß es fortgesetzt zu Differenzen kam. Das Einigungsamt hatte sich bereits zweimal mit der Angelegenheit befaßt, der jeweils erlassene Schiedsspruch befriedigte die Fassadenmaurer aber nicht. Weil sie von der vorjährigen Lohnbewegung auch etwas profitierten wollten, weigerten sie sich, unter 63  $\text{M}$  Monatslohn pro Stunde Afforde abzugeben. Die Schlichtungskommission hatte sich neuerdings mit der Sache zu befassen, und da eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde das Einigungsamt angerufen. Nach längerer Verhandlung einigte man sich auf folgende Vereinbarung: 1. Für Fassaden mit Zuglatten (mit Aufputz oder Vertiefungen) oder Schablonenarbeiten, sowie für Fassaden mit Rammung ist ein Mindestlohn von 63  $\text{M}$  zu bezahlen. 2. Für alle übrigen Fassadenarbeiten 58  $\text{M}$ . 3. Für Mäbilsmaurer ein Mindestlohn von 58  $\text{M}$ . 4. Für Mäbils- spanner ein Mindestlohn von 55  $\text{M}$ . Für sämtliche Kategorien folgt am 1. April 1907 eine weitere Erhöhung um 2  $\text{M}$ . Verschlechterungen der bisher bezahlten



Wöhne dürfen nicht stattfinden. — Herr Bergmüller, stellvertretender Sekretär des Arbeitgeberverbandes, verpflichtet sich, in der Versammlung der Unternehmer für diese Vereinbarungen einzutreten. Die Vertreter der Arbeiter erklärten sich mit der Vereinbarung einverstanden.

**Neumarkt i. Schl.** Am 12. August hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Als Referent war Kollege Heinrich Böcker aus Breslau erschienen. Er gab einen interessanten Bericht über die diesjährigen Lohnbewegungen im Gau Breslau, der von den Kollegen mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen wurde. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde nochmals über die „Grundstein“-Forderung diskutiert; der Vorsitzende H. Metke legte den Kollegen die Sache klar, daß wir den Betrag von 10 A pro Monat weiter zahlen müssen, da die „Grundstein“-Verbreitung hier am Orte zu unzulänglich ist, indem die Mitglieder weit von Neumarkt entfernt wohnen und das Blatt durch die Post verbreitet werden muß. Kollege Matzold gab bekannt, daß auf dem Neubau, den der Maurermeister Brandt-Neumarkt an der Markischen Eisenbahn beim Orte Gansbe ausführt, noch keine Baubühnen vorhanden ist; obwohl die Kollegen schon zwei Wochen dort arbeiten und den Unternehmer sehr oft darauf aufmerksam machen, hielt er es immer noch nicht für nötig, eine Bude aufbauen zu lassen. Es mußte Beschwerde beim Vorsitzenden des hiesigen Arbeitgeberverbandes erhoben werden, da wir eine Bude laut Vertrag zu verlangen haben. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Benig.** Sonntag, den 19. August, tagte hier eine öffentliche Maurer-Versammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Verthoff aus Leipzig einen Vortrag über die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung. Er beleuchtete besonders die Unternehmertätigkeit, die darauf gerichtet ist, die Arbeiterorganisationen zu vernichten, aber das Gegenteil ergibt, das beweist die Zunahme des Maurerverbandes im Jahre 1905 um 28 000 Mitglieder. Beim zweiten Punkt beschäftigte man sich mit der Sperrfrage über Festlöhne und Zölner. Da jetzt noch genügend Arbeitsgelegenheit in der Umgebung vorhanden ist und sich besonders der Unternehmer-Geizhals in großer Zahl befindet, wurde beschlossen, die Sperrfrage weiter zu führen. Deswegen hat es Herr Festlöhne auf die jüngeren Maurer abgesehen; er denkt nämlich, das sind die dümmsten. Er vertritt ihnen 37 A, einen sogar 38 A Stundenlohn (37 A sind gefordert), doch will er die einflussreiche Arbeitszeit beibehalten. Auf diese Weise denkt er die Leute an sich zu locken; bis auf einen Fall hat er damit jedoch kein Glück gehabt. Man sieht aber doch, daß sich dieser Herr jetzt schon etwas nachgiebiger zeigt als früher, wo er bei 36 A Stundenlohn beharren wollte. Er wird sich auch noch der Arbeitszeitverpflichtung fügen müssen, wenn die Beniger Maurer solidarisch handeln. Da sich der Nachkollege Bäumler von Rangeneuba-Oberhain von diesem Unternehmer verweigert, ist unbegründet, da der Streik mit proklamiert hat und Mitglied der Lohnkommission war. Nun gebraucht er doch die lächerliche Ausrede, ein Kollege von der Streikleitung habe bei diesem Unternehmer um Arbeit angehalten, da gehe er auch hin.

**Plauen i. V.** Am 15. August tagte hier eine Versammlung mit der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Maurer Plauens zur Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit?“ Kollege Schmidt referierte hierüber und ging hierbei auf den Zweck und Nutzen der zehnstündigen Arbeitszeit ein. Ferner schilderte er an der Hand von Beispielen das verwerfliche Verhalten der Plauenschen Unternehmer, die unter keinen Umständen gewillt sind, auch ihren Arbeitern einmal ihre berechtigten Forderungen zu bewilligen. Der Plauensche Unternehmer verlangt ebenfalls Arbeit als irgend ein Berliner oder Hamburger Unternehmer, nur mit dem Unterschied, daß er bloß halb soviel Lohn bezahlt. Anstatt 70 bis 80 A gibt er nur 36 bis 40 A. Das ist aber nur deshalb möglich, weil die Plauenschen Maurer noch nicht erkannt haben, wie man agitieren muß, um endlich einmal solche Löhne zu erringen. Studiert man ferner einmal die früheren Verhältnisse, so findet man, daß die Unternehmer, wenn sie Arbeit haben wollten, auch dafür sorgten, daß ihre Lohnflaven satt zu essen hätten, während sie heute nur noch dafür sorgen, daß ihre Arbeiter tüchtig schuften, das andere überlassen sie den Arbeitern selbst, und diese müssen eben sehen, wo sie etwas herbekommen. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Kollegen, dafür einzutreten, daß sämtliche Maurer der Organisation zugeführt werden, um mit Hilfe dieser einmal das geliebte Ziel, die zehnstündige Arbeitszeit, mit einer entsprechenden Lohn-erhöhung, erreichen zu können. Nach kurzer Diskussion wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen: „Die heute im Gewerkschaftshaus „Schiller-garten“ tagende sehr gut besuchte Maurerverversammlung beauftragt das Agitationskomitee dahin zu wirken, daß auch in Plauen sobald wie möglich die zehnstündige Arbeitszeit in Kraft tritt. Zu diesem Zwecke wird die genannte Korporation ermächtigt, mit den Unternehmern in Unterhandlung zu treten. Gleichzeitig verpflichten sich die Unternehmern, unermüdet für die Organisation tätig zu sein, damit recht bald festgestellt werden kann, daß sämtliche Maurer der Organisation angehören. Die Versammlung bedauert lebhaft, daß der Gauvorstand nicht vertreten ist, obgleich er rechtzeitig von der ganzen Sachlage unterrichtet und um seine Vertretung ersucht worden war. Die Versammlung ist der Meinung, daß der Gauvorstand bei derartigen Fällen unbedingt seine Aufsicht in der Versammlung zu präzisieren hat, da dies nicht geschehen ist, erhebt die Versammlung gegen ein solches Vorgehen des Gauvorstandes Protest und erwartet, daß in Zukunft derartige Fälle nicht wieder vorkommen.“

**Potsdam.** In der am 21. August abgehaltenen Versammlung unseres Zweigvereins schloß sich über die Wiederaufnahme mehrerer Kollegen resp. über die Höhe der Waise eine lebhafte Debatte. Sie lieferte den Beweis, daß Kollegen, die jahrelang dem Verbands feindlich oder gleichgültig gegenüberstanden, endlich doch durch die kapitalistische Entwicklung der heutigen Wirtschaft „ordnung“ gezwungen werden, sich wieder der Organisation anzuschließen. Das mögen alle die Befürworter, die da glauben, bei einer Lohnbewegung oder sonstigen Anläßen den Verbands leichtfertig den Rücken kehren zu können. Wer nicht mit uns ist, der ist wider uns! ... Und wer das höchste Gebot des

modernen Arbeiters: die Solidarität, anbauen versteht, darf sich nicht wundern, wenn ihn eben die höchste statistische Waise trifft. — Eine längere Auseinandersetzung brachte auch die vom Gewerkschaftsrat beschlossene Erhöhung des Kartellbeitrages von 5 auf 10 A pro Kopf und Quartal. Diese Erhöhung ist durch die vermehrten Ausgaben des hiesigen Kartells bedingt und durchaus notwendig, wie die beiden Delegierten, die Kollegen Krenke und Köbe, in längeren Ausführungen darlegten. So muß die Frage der Bauarbeiter-Kartellkommission endlich geregelt werden; ebenso die schon lange geplante Errichtung einer Reichsausschüttungsstelle. Dazu treten noch die neuen Ausgaben für die Zusammenkünfte der Beisitzer zum Schiedsgericht für Arbeiterversicherung usw. Nach dieser Begründung, die infolge der verpönten Beschlässe resp. Mitteilungen des Kartells erst in der heutigen Versammlung gegeben werden konnte, stimmt die Versammlung der Erhöhung zu. Der Vorsitzende, Kollege Krenke, weist dabei auf die Leistungen der Maurer bei Streiks usw. anderer Gewerkschaften hin, um zu zeigen, daß wir durchaus nicht engstirnig sind, wenn es sich um die Förderung der Arbeiterbewegung handelt. Das sollte aber auch im Reichsausschüttungs-Kartell zum Ausdruck kommen, der in Zukunft auch ausführender gehalten sein müßte. Als Mitglied der Bauarbeiter-Kartellkommission wurde der Kollege B. E. L. gewählt. — Unter Mitteilungen regte der Vorsitzende an, daß die Hauskassierer möglichst die gleiche Zeit bei ihren Kassierungen einhalten möchten, um die betreffenden Kollegen auch immer anzutreffen. Begehrten sind nur bei der Beschwerdekommision anbringen; sie ist jeden Samstag von 8 Uhr Abends ab im Verteilungsbüro anwesend. Nach einem Hinweis auf die vom Berliner Zweigverein herausgegebene Broschüre: „Verbot oder Reform der Akkordarbeit“ erinnerte Kollege Krenke nochmals an das lehrreiche Buch des Genossen Frohne: „Arbeit und Kultur“, das bereits in vierter Auflage erschienen und für 1.50 beim Vorhause zu haben sei. Anschließend hieran empfahl Kollege Krenke, daß die Vertreter der Parteileitung wie den weiteren Anschluß an die Parteiorganisation. Für den vorwärtsstrebenden Arbeiter, der seine Pflichten der modernen Volkswirtschaft gegenüber ernst nehmen, sei die politische Organisation ebenso notwendig wie die gewerkschaftliche. Daß in dieser Beziehung noch viel zu tun ist, beweist der unten folgende Brief. Er ist ein ebenso trauriges Beispiel der Mischlingstätigkeit mancher Kollegen, wie er auch recht deutlich das von unseren Gegnern beliebte Zwangsverfahren im Kampfe gegen die freien Gewerkschaften beweist, die jetzt durch die hier mit beschölicher Hilfe und Unterstützung des Gewerkschaftsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ gegründete „Christliche“ Gewerkschaft „vernichtet“ werden sollen. ... Der Brief lautet wörtlich:

Potsdam, den 28. Juli 1906.

Herrn Herrn Kollege!

Da ich aus dem Krüger-Verein nicht ausscheiden will, gleichzeitig aber nicht dem Zentralverband der Maurer angehören darf, so melde ich mich hiermit aus dem Zentralverband der Maurer Deutschlands ab.

Mühscholl

Eduard Geinert, Maurer, Alte Luisenstraße Nr. 2

Da — der Verband wird diesen Verlust zu ertragen wissen. — Möge dem tapferen Krügervereinskollegen seine „Christlichkeit“ niemals leid tun. Dieser Vorgang zeigt aber wieder aufs neue, wo der Terrorismus wirklich zu haben ist. — Zum Schluß der gut besuchten Versammlung gelangte noch ein Antrag des Kollegen B. E. L. zur Annahme, demzufolge auf die nächste Tagesordnung die Akkordfrage der P. u. g. e. r. gesetzt werden wird. Für zwei krankte Kollegen wurden je 20 aus der Lokalkasse bewilligt.

**Nauenburg.** Hier fand am 22. August eine gut besuchte Versammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Schwarz einen längeren Vortrag über die Bedeutung der Vertiefung der Arbeitszeit. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Beim zweiten Punkt wurde über die Differenzen bei Mischlin gesprochen. Da die Kollegen, die den Unternehmer um eine Lohnzulage ersucht hatten, nicht ganz einwandfrei gehandelt haben, wurde einweisen von einer Sperr-Verordnung genommen. Sollte der Unternehmer aber diese Gelegenheit benutzen, um die einflussreiche Arbeitszeit wieder einzuführen, dann wird eine spätere Versammlung dazu Stellung nehmen. Einweisen wurde den Verbandskollegen, die bei Mischlin arbeiten und später wieder anfangen wollen, zur Pflicht gemacht, unter allen Umständen die zehnstündige Arbeitszeit aufrecht zu halten. Mischlin ist nämlich auch von dem italienischen Koller befallen, der während dieses Sommers in Österreich epidemisch herrschte. Nachdem mehrere Kollegen, die mehr Lohn verlangten, was sie in einer recht ungeschickten Weise vorbrachten, die Arbeit verlassen hatten, holte Mischlin sich eine Kolonne Statisten von einem anderen Unternehmer aus Döhringen, der sie gerne los sein wollte. Mit dieser Gesellschaft geht er die zehnstündige Arbeitszeit abzuschießen. Voraussichtlich wird Mischlin aber bald von der ägyptischen Plage heimgesucht sein und dann seinen Plan aufgeben.

**Witten.** In der am 19. August abgehaltenen Versammlung des hiesigen Zweigvereins wurden die Mitglieder Leopold Wolpp und Johann Krichner, beide gelernte Maurer, jetzt vordringend Steinbauer im Steinbruch bei Gossel, aus dem Zentralverband der Maurer Deutschlands auf immer ausgeschlossen. Der Grund hierzu war, daß die beiden Obengenannten als „Arbeitswille“ im Steinbruch Gossel arbeiten und sich auch nicht bewegen sehen, hiervon abzulassen. Die Steinarbeiter im obengenannten Steinbruch sind am 9. August in den Streik eingetreten. Sie hatten bei der Firma Wöber eine Lohnforderung von 45 A eingereicht, mit dem Vernehmen, daß die Lohnkommission jederzeit bereit sei, zu verhandeln. Da aber die Firma sich nicht erklärte, wurde der Streik beschlossen. Nun wurden die Steinbauer in Gossel dazu bewegt, Streikarbeit zu verrichten, was sie auch taten. Der benannte Wolpp war früher Zweigvereinsvorstand, hat aber die Pflichten eines Vorstehenden verfallen, folglich mußte er den Posten verlassen; jetzt haben wir Wolpp ausschließen müssen. Wir haben hier noch „Arbeitswille“ aus Gossel und Grawinkel, die auch vorübergehende Steinbauer waren und jetzt Streikarbeit verrichten.

## Verbot oder Reform der Akkordarbeit?

I.

Unser nächster Verbandstag, Braunschw. 1906, hat beschlossen, daß auf die Tagesordnung des nächsten Verbandstages die Frage der Akkordarbeit als besonderer

Punkt gesetzt werde. Auf einer späteren Konferenz des Gauvorstehenden unseres Verbandes hat dann Kollege Paepel als Vertreter des „Grundstein“ den Wunsch geäußert, die Gauvorstehenden möchten vorher ihre Erfahrungen und Ansichten über die Akkordfrage im „Grundstein“ fundgeben, damit sich die gesamte Kollegenschaft ein Urteil über den wirklichen Zustand und über die Möglichkeit der Ummöglichung der Akkordarbeit im Maurergewerbe bilden könne. Diefem Ersuchen sind bisher zwei Gauvorstehende, die Kollegen Schauer-Stettin und Friedrich-Dresden, nachgekommen. Hoffentlich folgen in den nächsten Wochen, wenn die Lohnbewegung nicht mehr die ganze Kraft der Gauvorstehenden absorbiert, weitere Berichte. Natürlich dürfen uns auch andere Kollegen gern ja, gemäße Erörterungen über die Akkordfrage einbringen.

Wir wollen nunmehr mit der Veröffentlichung der Berichte beginnen, vorher jedoch einen Auszug aus einem Referat des Kollegen Paepel wiedergeben, das dieser im Winter dieses Jahres vor einer Vertrauensmännerversammlung unseres Berliner Zweigvereins gehalten hat. — Kollege Paepel führte aus:

Das Akkordsystem hat dazu geführt, den Gewerkschaftsgeist des allerhöchsten Art zu töten, Reich und G. H. Mühscholl unter den Kollegen zu erzeugen, demoralisierend zu wirken, die Solidarität, wenn sie vorhanden ist, mehr und mehr zu verdrängen oder, wenn sie überhaupt noch nicht vorhanden ist, sie gar nicht zum Vorschein kommen zu lassen. Ich bin allerdings der Meinung, daß all die Schäden mehr oder minder durch aus herbeizutreiben bei jeder anderen Arbeits- und Lohnmethode, daß überhaupt das ganze Lohnsystem im Prinzip zu befehlen ist. Aber es ist doch zu beachten, daß wir beim Zeitlohnssystem viel mehr Gelegenheit haben, mittels unserer Organisation, mittels der durch unsere Organisation zum Ausdruck gebrachten Kraft, dem Unternehmertum und den Kollegen größere Einblicke in den Weg zu legen gegen die Ausbeutung, was uns leider beim Akkordsystem bisher nicht möglich gewesen ist.

Dafür ein Beispiel: Es ist teilweise tadellos festgestellt, daß ein bestimmtes Arbeitsquantum pro Tag und Mann geliefert werden soll, zwar nicht abgezogen jeden Tag und jede Stunde dasselbe, sondern es wird ein bestimmter Durchschnitt festgelegt, der im Laufe der Woche oder in einer bestimmten Zeit von einer Arbeitskolonne geliefert werden kann. Ich halte es für ganz gerechtfertigt, daß man Normen aufstellen versucht. Etwas anderes ist es, ob nun gerade die Normen, die hier und da aufgestellt sind, die richtigen sind, ob es möglich ist, das Quantum zu vergrößern, oder ob es notwendig ist, es bedeutend herabzumindern. Es ist nun einmal so, daß auch die organisierte Arbeiterkraft noch nicht das Maß gefunden hat, das angelegt werden müßte an die Beurteilung der menschlichen Arbeitskraft. Die Kollegen sind häufig hier und dort bei der Hand, bedeutend über das zulässige Maß hinauszuweisen. Es ist also dringend notwendig, daß die Organisation ihr Augenmerk mehr darauf richtet, nicht nur bei der Akkordarbeit, sondern ganz allgemein die richtige Norm zu finden für eine menschenwürdige Arbeitsleistung. Wir sind leider noch sehr weit davon entfernt, aber es muß Aufgabe der Organisation sein und bleiben, sowohl auf den allgemeinen Generalversammlungen als auch in den verschiedenen Zweigvereinsversammlungen immer darauf hinzuwirken, daß der jetzt weit übertriebenen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft Jügel angelegt werden.

Betrachten wir uns das Verhältnis des Zeitlohnes zum Akkordlohn. Angenommen, es wäre die richtige Norm, daß der Maurer bei neunstündiger Arbeitszeit im Durchschnitt 700 Steine verarbeitete, dann, d. h. er wird heute mal mehr, dann wieder mal weniger verarbeiten, oder in einer größeren Kolonne werden es einige Kollegen nicht über 500 bis 600 bringen, während andere wieder 800 bis 900 verarbeiten. Aber sagen wir, es werden im Durchschnitt 700 Steine vermauert, und für diese Tagesleistung zahlt der Unternehmer 7 Tagelohn. Ist das nun Zeitlohn oder ist es nicht richtiger als „Stücklohn“ zu bezeichnen? Wo sich die Norm herausgebildet hat, daß im Zeitlohn ein regelrechtes Durchschnittsquantum geliefert wird, da zahlt der Unternehmer in Wirklichkeit nicht den Lohn für die Arbeitszeit, sondern für das Arbeitsquantum. Der Zeitlohn ist die veränderte Form des Preises der Arbeitskraft.

Karl Marx hat die Gleichung aufgestellt: Der Wert der Tagesarbeit ist gleich dem Tageswert der Arbeitskraft. Wo sich die Form entwickelt hat, daß für ein bestimmtes Durchschnittsmaß von Arbeit ein bestimmter Preis bezahlt wird, ist das zwar immer noch ein Zeitlohn, aber dieser Zeitlohn ist gleich dem Stücklohn, und so ist umgekehrt auch der Stücklohn die veränderte Form des Zeitlohnes. Man könnte nun fragen: was ist dann der Unterschied zwischen Zeitlohn und Akkordlohn? Wenn ich doch einmal für einen feststehenden Tageslohn so und soviel Arbeit liefern muß, so kann es ja ganz gleich sein, ob ich andere Vereinbarungen treffe und für ein anderes bestimmtes Quantum einen anderen bestimmten Einheitspreis vom Unternehmer verlange, wobei es in meinem Interesse steht, mehr zu leisten, natürlich für einen höheren Preis. Man würde dann zu einer Bezahlung kommen, die nicht nur scheinbar als Stücklohn gilt, sondern die in Wirklichkeit Stücklohnform annimmt.

Sehen wir den Fall, es drängen die Arbeiter oder die Unternehmer auf Stücklohn, so will jeder dabei seinen Vorteil verhehlen. Die Arbeiter wollen mehr verdienen als im Zeitlohn, der Unternehmer will für das Vermauern der 700 Steine weniger als 7 bezaubern, er will auch nicht, daß der Arbeiter pro Tag viel mehr verdient, als 7; denn er hat ein Interesse daran, daß es dem Arbeiter nicht zu wohl geht. Wenn auch einige Unternehmer sagen, uns ist es ganz gleich, wieviel der Arbeiter verdient, so ist das ihre Meinung nicht; sie wollen den Arbeiter auf einer bestimmten Lebensstufe festhalten. Das tun alle Unternehmer, soweit sie wirtschaftlich und politisch organisiert sind und ein Interesse an der Erhaltung ihrer Masse haben. Also sie wollen nicht, daß der Arbeiter in einer Stadt wie Berlin, Hamburg oder in einer anderen Großstadt mehr als 7 pro Tag verdient. Die Motive zur Akkordarbeit sind also bei den Arbeitern und Unternehmern grundverschieden. Würde es sich nur ganz allein um die Form handeln, dann würde das Exempel so sein: 700







Gerüst aufgestellt werden kann, ein Schutggerüst von Stöge zu Stöge angebracht werden soll, nicht inneweg gehalten werden. Wenn man in Höhe des obersten Balkens ein Schutggerüst vorhanden gewesen wäre, hätte doch der Bergungsleiter nicht nach unten stürzen können, er wäre auf diesem Schutggerüst geblieben und somit aller Vorfahrt nach mit dem Leben davongekommen.

**Breslau.** Ein schwerer Unfall, der wieder einmal die Notwendigkeit des erhöhten Arbeitsschutzes im Tiefbau beweist, ereignete sich am Dienstag Nachmittag, 21. August, in der auf Dürreger Terrain im Bau begriffenen städtischen Gasanstalt. In der Nähe des Gebäudes mit dem Wasserturm ist von der Firma Hilbrand ein Schacht gezogen worden, in dem Wasserturm gelegen werden, die direkt zum Gasometer führen. Dieser etwa 2½ m tiefe Schacht war unten nicht abgesteift, während oben einige Bohlen eingespannt waren. Gegen ½ Uhr ertönte aus dem Schachte Hilferufe, und zwar an einer Stelle, wo drei Männer arbeiteten. Man hatte einen Flasenzug befestigt, dadurch war der Sand ins Rollen gekommen, und die drei Männer wurden verschüttet. Einer rettete sich selbst, der zweite wurde durch Kameraden gerettet. Ihm soll der Brustkorb eingedrückt sein; er wurde, nachdem er längere Zeit in dem Arbeitsraume der Schloßer liegen mußte, mittels Drosche ins Krankenhaus geschafft. Der dritte Arbeiter blieb in den Sandmassen verschüttet. Wie sich später ergab, hatte er sich beim Einbruch der Sandmassen in gebückter Stellung befunden, so daß er mit dem Kopfe nach unten gedrückt wurde. Die Feuerwehre traf mit einigen Fahrzeugen ein und war bemüht, den Mann auszugraben, eine Arbeit, die durch die immer erneut nachdringenden Sandmassen ungemein erschwert wurde, so daß Rettungsversuche vorgenommen werden mußten. Es war erst nach etwa zwei Stunden möglich, zu dem Manne zu gelangen und ihn nach oben zu befördern. Er war tot. Die Schuld an dem Unfall kann nur an der mangelhaften Absteifung der Unfallstelle liegen. Wenn die Arbeiten auch von einem Privatunternehmer zur Ausführung gelangten, so machen wir doch die städtische Tiefbauverwaltung für das entsetzliche Unglück verantwortlich, denn sie hatte sich durch ihre Organe darum zu kümmern, daß alles für Sicherheit und Leben der auf dem Bau beschäftigten Arbeiter geschehen ist.

**Bromberg.** Am 17. August stürzte auf dem Neubau der Firma Rort & O. Holz in Schleusenau beim Untertanen eine 2 m hohe Kellertafel ein. Der Kollege Karl Gatter wurde von dem Mauerwerk überschüttet und mit schweren Verletzungen am linken Unterschenkel unter den Trümmern herabgezogen. Ein herbeigeholter Arzt leistete dem Verunglückten die erste Hilfe. Nach Anlegung eines Notverbandes konnte der Verletzte nach seiner Wohnung gebracht werden. Einem 15jährigen Arbeitsburschen gelang es, sich durch einen Seitenprung zu retten. Der Unternehmer Rort hat seinen Ärger über die Bauteilekontrollen oft Luft gemacht. Seine Äußerung war: „Gelt lieber arbeiten und lauscht nicht herum.“ Würde er einen Kontrollleur auf seinem Bau treffen, so würde er ihn auf nicht sanftem Wege hinunter befördern. Mit solchen Redensarten war er häufig am Tag.

**Großenhain.** Sonnabend, den 25. August, Nachmittags 4 Uhr, stürzte der Maurer Bruno Hofmann aus Weßing beim Ziegelaufbau an der Dampfsmoltere in den Hof hinab, wobei er das linke Bein oberhalb des Knies brach und auch innere Verletzungen davontrug. Der Bedauernswerte wurde sofort in das städtische Krankenhaus gebracht.

**Kolberg.** Am 24. August ereignete sich auf dem Bau des Unternehmers und Verbandskollegen Giese ein Unglücksfall. Der Kollege Ernst Marten fiel infolge eines Fehltritts aus einer Höhe von 6,50 m in den Keller. Der Kollege erlitt dem Anschein nach schwere Verletzungen, denn er wurde per Drosche zum Krankenhaus gefahren. Schuld an dem Unglücksfall soll die mangelhafte Abdeckung des Treppenhofes sein.

**\* Bauteilekontrolle in Emden.** Die vor kurzer Zeit in Emden konstituierte Bauarbeiterkommission hat am 22. Juli eine Kontrolle der in Emden in Ausführung befindlichen Bauten vorgenommen. Die Kommission hat dabei wahrgenommen, daß noch viel, sehr viel von den Unternehmern sowohl wie auch von den Behörden gegen den Bauarbeiter schutzbefähigt wird. Die Aufsicht wird von der Behörde nur sehr lag gelübt, sonst könnte es auf verschiedenen Bauten, selbst auf Stadt- und Staatsbauten, nicht so sehr traurig aussehen. Die Kontrolle seitens der Behörde müßte weit durchgreifender und energischer ausgeführt werden. Die einfache Regelung dieser Frage wäre sicherlich die Anstellung eines ständigen Bauteilekontrolleurs aus Arbeiterkreisen, und zwar seitens der Stadt. Erst dann wird die Aufsicht hinsichtlich des Schutzes der Arbeiter auf Bauten ihre sachgemäße Erledigung finden.

Die bei der Kontrolle borgefundenen Mängel und Mängel sind auch von der hannoverschen Baugewerkschaft als Mängel angesehen worden, denn am 2. August sind eine Anzahl Photographien an die hannoversche Baugewerkschaft-Vereinsgenossenschaft nebst einer Beschwerde eingeschickt worden. Am 4. August war bereits ein Kontrollbeamter hier, der mit einigen Unternehmern sehr scharf ins Zeug ging.

**1. Städtische Bauten (Arbeiterwohnhäuser).** Bauausführender Unternehmer: Neelands-Emden. Der Bau ist richtig, genügend brauchbares Gerüstmaterial ist am Bau nicht vorhanden, denn sonst könnten die Gerüste sich nicht in einem solchen unzulässigen Zustand befinden. Das Gerüst ist nicht in genügendem Abstand und verschärft. Geländer und Sockelstreifen fehlen gänzlich. Auch fehlt ein vollständig abgedecktes Schutggerüst unter dem Gerüst, auf dem gearbeitet wird. An einer Stelle des Gerüsts hat man einen zu kurzen Auflager dadurch künstlich verlängert, daß man einen Ziegelfein zwischen Auflager und Anbinde legte. Hat nun der Stein nicht voll Auflager oder er erhält von dem Anbinde keinen gleichmäßigen Druck, so wird der Stein gleichsam gedreht und das Gerüst muß nachgeben. Wieviel Menschenleben dabei unter Umständen zu Grunde gehen können, darüber haben die für die Mängel Verantwortlichen wohl noch nicht nachgedacht. Der Materialtransport geht mit tierischer Kraft vor sich. Unter dem Aufzug befindet sich nicht einmal ein Schutzboden für die Arbeiter, die während ein Transport hoch geht, den nächsten Transport schon wieder laden müssen, und zudem ist die Winde nicht einmal mit einer Bremsvorrichtung versehen, wie denn überhaupt die beim Aufzug verwendeten Utensilien auch

nach schadhafte sind. An diesem Bau fehlt jegliches Schutggerüst für die auf dem Bauteil befindlichen, und da der Bau an einer Verkehrsstraße aufgeführt wird, für die Passanten. Die Treppenhäuser sind ebenfalls nicht abgedeckt. In eben solchen mangelhaften Zustande befinden sich zwei weitere Bauten für die Stadt, die von den Unternehmern Contral und S. v. d. Linde ausgeführt werden. Bei dem Bau, der vom Unternehmer Contral ausgeführt wird, befindet sich außerdem auch noch ein Abort, in den man von der Hauptstraße hineingehen kann. Der Abort ist photographiert und eine Kopie davon an den Magistrat eingeschickt worden.

**2. Neubau des Reichsanfangsgebäudes.** Bauausführender: Unternehmers Heitz, Vorsitzender des Ortsvereins Emden, des Arbeitgeber-Bezirksverbandes für das untere Weser- und Emsgebiet. Hier sollte man meinen, es wäre alles in schönster Ordnung; tut es doch dem Auge ordentlich wohl, an der Frontseite des Hauses ein vollständig abgedecktes Gerüst zu sehen. Doch war die Abdeckung am Morgen der Kontrolle so mangelhaft, daß man von dem Parterre, trotzdem der Bau richtig war, bis in die Wölken sehen konnte. Ein an der Giebelseite stehendes Gerüst ließ sich sehr zu wünschen übrig. Ein an derselben Seite befindlicher Rückschlag von circa 2x3 m im Lichten war von unten bis oben nicht im geringsten abgedeckt. Das letzte Gerüst, auf dem noch gearbeitet wurde, war obendrein noch sehr mangelhaft.

**3. Privatbau der Unternehmern Ortig & Meier.** Der Bau liegt an der Niederlandstraße. Es fehlt hier ebenfalls an brauchbarem Gerüstmaterial. Das Gerüst ist nicht abgesteift und verschärft. Der Rückschlag ist aufgestellt worden, ohne daß die Balkenlage zu dem Rückschlag abgedeckt gewesen wäre. Im Treppenhause kann man auch hier vom Keller bis in die Wölken schauen. Unter den Leitern sind keine Schuttböden angebracht, um das Durchfallen von Material zu verhindern. Ebenfalls fehlt hier ein Schutggerüst und Ganggerüst für die auf dem Bauteil befindlichen Arbeiter. Derselben Unternehmer führt einen Hof an der Sommerstraße auf. Hier war man so „rückschlaglos“ (1), den Abort direkt an die Straße zu stellen, eine Aborteinrichtung auszuheben, und zwar so klein, daß die Straße nicht halb überflutet. Die Fäkalien drangen nun in den Vorraum des Aborts und ebenso in die Bauböden unter deren Fußböden. Erst als die Schmeckerei soweit gebührend war, bekam die Bauarbeiterkommission Nachricht davon. Sie hat sich von dem Bauverwalter den Zustand abgesehen, die Sperrreile photographiert und dem Magistrat ein Bild mit der Bitte um Abhilfe zugesandt. Abhilfe ist insoweit erfolgt, als an Stelle der Grube eine Tonne beschafft wurde. Von der Bauböden ist der Abort aber nicht entfernt worden; man hat ihn nur an das andere Ende der Bauböden gesetzt. Ob sich die Behörde diese Anordnung, die keine Besserung ist, gefallen läßt, muß abgewartet werden. Man trifft hier überhaupt mehrfach Frühstücksbuden und Abort in „schöner Harmonie“ miteinander stehend. Ob nun die betreffenden Unternehmer der Meinung sind, daß Frühstücksbuden und Abort zwei für das hygienische Wohl der Arbeiter zusammengehörige Räume, und daß „schöne“ Gerüste für den Schutz der Bauarbeiter unerlässliche Sachen sind?

Das ist das Ergebnis der ersten Bauteilekontrolle. In dem Bericht sind nur die schlimmsten Bauten herausgehoben worden. Nach der nächsten Kontrolle, die im Oktober stattfinden wird, soll ebenfalls ein Bericht mit der Benennung der Bauten und dem vollen Namen der für die Mängel Verantwortlichen an die Öffentlichkeit gebracht werden.

**\* Bauteilekontrolle in Bremen.** veranstaltet von der Bauarbeiterkommission im Monat Juli. Beteiligt haben sich die Organisationen der Maurer, Zimmerer, Bauhülfsarbeiter, Maler, Dachdecker, Klempner, Steinarbeiter, Stuckateure und Tischler. Kontrolliert wurden im ganzen 289 Bauten und 53 Werkplätze, wofür 4081 Arbeiter beschäftigt waren. Von den 289 Bauten gehörten 7 der Stadt und 8 der Kommune. Bauten, wo die Unfallverhütungsvorrichtungen nicht ausgereicht waren, wurden 86 festgestellt. Die Außengröße mit Schutteinrichtungen blieben nur an 36 Bauten bis zur Fertigstellung der Estrich-, Maler-, Klempner- und Dachdeckerarbeiten liegen.

Besonders zahlreich waren die Mängel in bezug auf die Gerüste. Nur 196 Gerüste waren von Zimmerern hergestellt, 4 waren von Maurern und Bauhülfsarbeitern und 13 lediglich von Bauhülfsarbeitern errichtet. Genügend brauchbares Gerüstmaterial war nur an 176 Bauten, in gutem Zustande waren die Gerüste an 139 Bauten. An 135 Bauten waren die Gerüste genügend verbleit und verschärft. 61 Gerüste, auf denen gearbeitet wurde, waren nicht mit einer Vorwand versehen. An 36 Bauten waren einzelne Balkenlagen nicht abgedeckt. An 145 Bauten wurden die Arbeiten am Dach ohne Fänge- oder Schutggerüst fertiggestellt.

Aber nicht nur die Beschaffenheit der Gerüste ließ außerordentlich zu wünschen übrig, auch bei den Vorrichtungen zum Materialtransport mußten eine Fülle von Mängel festgestellt werden. Maschinen zum Materialtransport, mit Dampf oder elektrisch betrieben, gab es an 30 Bauten. An 42 Bauten war bei den Einladestellen der Steinwinde kein Schutzboden angebracht. Bei 51 Bauten waren bei den Transportaufgängen genügende Podeste zum Ausruhen der beschäftigten Arbeiter nicht vorhanden und an ebenso vielen die Leitern in schlechter Beschaffenheit. Wegen herabfallendes Material waren die Arbeiter außerordentlich häufig gefährdet; an 108 von den 289 Bauten war an dem äußeren Bau nicht einmal ein Schutzboden zum Schutze der auf dem Bauteil befindlichen angebracht. Ohne Bremsvorrichtung waren die Kräne und Winden auf 4 Bauten und Werkplätzen.

Ebenso wenig wie zur Unfallverhütung, geschied auch auf dem Gebiete der Brandsicherheitsvorkehrungen. Nur 9 Bauten und Werkplätze wurden, um die Staubentwicklung zu verhindern, wiederholt im Laufe des Tages mit Wasser bespritzt. Trinkwasser war an 70 Bauten und 17 Zimmer- und Steinwerkplätzen nicht vorhanden. Ohne Bauböden waren 4 Bauten. Wie außerordentlich mangelhaft die vorhandenen Bauböden waren, zeigen die folgenden Zahlen: Nicht mit dichten Seitendänden versehen waren 14 Bauböden, an 9 war die Bedachung nicht dicht, 19 Bauböden hatten keine Fenster und an 213 Bauböden konnten die Fenster nicht geöffnet werden. Nicht verschließbare Türen wurden an 20 Bauböden festgestellt. Der Fußboden scheint den meisten Unternehmern etwas ganz Ueberflüssiges zu sein, denn von den 278 Bauböden hatten 205 Bauböden überhaupt keinen Fußboden. Trotz der immer wiederkehrenden Baunfälle wurden 128 Bauten und Werkplätze festgestellt, die ohne Verbandmittel für die erste Hilfeleistung im Unfälle waren. In die innere Ausstattung der Bauböden geworfen und die folgenden Zahlen einen Einblick. Ein Kleiderkasten wurde in 24 Bauböden borgefunden; ohne

Tische und Bänke waren 17 Bauböden; in einer waren nur Bänke aufgestellt. Spundböden waren nirgend vorhanden. In 45 Bauböden lagerte Baumaterial. Dessen zum Erwärmen der Speisen waren in 50 Bauböden vorhanden. 20 der kontrollierten Bauböden boten den auf dem Bauteil befindlichen nicht genügend Raum. In den Kellerräumen untergebracht waren 22. Wiederholt im Laufe der Woche gekocht wurden nur 82 Bauteile.

Nicht besser ist es um die Aborte bestellt. An 4 Bauten waren überhaupt keine Aborte vorhanden, 52 Aborte waren darauf, daß man von der Straße oder von den Fenstern der Nachbargebäude hineinschauen konnte, 31 Aborte waren nicht mit einer dichten Abdeckung versehen, 54 hatten nicht einmal eine Sitzbrille. Ein Holzfußboden fehlte in 84 Aborten; mit Türen waren nur 143 versehen. 21 Aborte hatten keine dichte Grube oder Toilette. Für geregelte Abfuhr war nur von 197 Aborten Sorge getragen, regelmäßig gereinigt wurden 182 und regelmäßig besüßigt 35 Aborte. 141 Aborte waren in nächster Nähe der Bauböden aufgestellt. Bei alledem stand an 34 Bauten die Zahl der Aborte zu der Zahl der Beschäftigten in gar keinem Verhältnis. Klosanlagen waren an 255 Bauten nicht vorhanden.

Aus vorstehendem erhellt zur Genüge, daß auf den Bauten noch unendlich viel geschehen werden muß. Die Arbeiterorganisationen dürfen auf ihre Beteiligung auf diesem Gebiete stolz sein. Eine Fülle von Material wird dadurch zu Tage gefördert und bedeutendes zur Beseitigung der Mißstände beigetragen.

**\* Submissionslisten.** Die königliche Eisenbahndirektion Hannover vergab in Submission die Herstellung der 15 m breiten und 170 m langen Ueberführung der Chaussee Hannover-Norddorf auf dem Bahnhofs Linien R. nach Zulaufstraßen (vgl. der ersten Ueberführung), sowie einer unmittelbar benachbarten, gleichfalls 9 m breiten Anlage zur Aufnahme des Chausseeverkehrs. Die Arbeiten mußten in der Hauptstraße etwa: 860 cdm Bodenansatz und Pumpenleistungen; 870 cdm Mauerwerkabtrag; 2000 cdm Beton- und Bruchstein-Mauerwerk; 150 cdm Zementmauerwerk; 4800 cdm Mauerwerk; 4400 cdm sonstige Befestigungsarbeiten der Wege und die Befestigung von zwei hölzernen Chausseeböden. Die Zuschlagsfrist ist auf vier Wochen, die der Ausführung auf 40 Wochen festgelegt. Es wurden folgende zehn Gebote abgegeben: A. Hinrichs-Gameln M. 106 663,10, B. Stralendorf M. 128 776,20, C. Evers und Brander-Hannover M. 145 112,40, D. Max Müller-Hannover M. 146 343,18, E. Replante-Hannover M. 146 808, F. Dierling und Eggers-Hannover M. 148 756,70, G. Däne-Hannover M. 158 057,40, H. Bau-Ges. Wiedeloh-Hannover M. 176 082,25, I. H. Steinhilber-Hannover M. 184 045,20, J. H. Schumann-Hannover M. 191 755,45.

**\* Die Schlichtung von Streitigkeiten bei Ausführung von Bauarbeiten durch Schiedsgerichte.** bei denen nur ein Schiedsrichter tätig ist, wird vom Innungsverband deutscher Baugewerksmeister als ein Mißstand empfunden. Der geschäftsführende Ausschuss dieses Verbandes hat sich nun an die Ministerien der deutschen Bundesstaaten mit einer Eingabe gewandt, in der darauf hingewiesen wird, daß einzelne Eisenbahndirektionen in ihren besonderen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauarbeiten zur Schlichtung von Streitigkeiten Schiedsgerichte vorgelegen haben, bei denen nur ein Schiedsrichter, der aus den Eisenbahndirektionen zu wählen ist, tätig sein soll. In der Eingabe wird ausgeführt:

Unter Anerkennung der Zulässigkeit dieses Verfahrens nach § 1026 der Zivilprozeßordnung hält der Innungsverband das Vorgehen für nicht empfehlenswert, weil der Gedanke naheliegt, daß der einseitige Spruch des Schiedsrichters wohl selten beide Parteien befriedigen werde, und daß die Unternehmer erklärlicherweise leicht voraussetzen würden, daß der Beamte geneigt sei, die Interessen seiner Behörde besser als die des Unternehmers zu vertreten. Es bestünde mithin eine starke Abneigung gegen betriebsartige Schiedsgerichte. Da es sich in den meisten Fällen um Meinungsverschiedenheiten technischer Art handelt, wird, so empfiehlt der Verband, nur Schiedsgerichte aus zwei Mitgliedern vorzulegen, für welche jede Partei einen Sachverständigen als Schiedsrichter zu bestellen hat, wobei von vornherein ein dritter Schiedsrichter als Obmann vorzulegen sei, falls sich die beiden Schiedsrichter auf einen einheitlichen Spruch nicht zu einigen vermöchten. Dieser Obmann wäre von den beiden Schiedsrichtern oder von der Provinzialverwaltungsbehörde aus Sachverständigenkreisen zu wählen.

Der Innungsverband ist der Ueberzeugung, daß betriebsartige Schiedsgerichte die Interessen der Behörden und Unternehmer gleichmäßig wahren und die freundliche Zustimmung aller sich an den Submissionen beteiligenden Berufsgruppen finden würden. Den Ministerien wird die Bitte ausgesprochen, ihre in Betracht kommenden Behörden dahin anzuweisen, daß in den besonderen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauarbeiten nur Schiedsgerichte der vorbeschriebenen Art vorgelegen werden.

Am sich wäre gegen diese Forderung nichts einzuwenden. Man darf aber überlegen, daß dabei zu unterschiedlichen Interessenverhältnissen mißspielen.

**\* Lieferung von Baumaterialien für den Wiederaufbau San Francisco.** Nach einem Bericht des Handelsattachés in San Francisco bei dem Kaiserlichen Generalkonsulat in New York dürfte das Ausland für Materiallieferungen für den Wiederaufbau der durch Erdbeben und Feuer zerstörten Stadt San Francisco in größerem Umfang nicht in Betracht kommen. Wie der Präsident der Vereinigten Staaten die angebotenen Unterlieferungen des Auslandes abgelehnt hat, so lehnt auch der Kongreß ab, für den Wiederaufbau der Stadt ausländisches Material vom Eingangszoll zu befreien. Der eingebrachte Schutzentwurf, der Zollfreiheit für Baumaterialien vorbeist, ruht und wird wie so mancher andere, nicht zur Abstimmung gelangen. Die Schwierigkeiten, die man im Auslande aufzufüllen, Beschreibungen mit Fachleuten, die als Vertreter großer Kaufmanns die Frage an Ort und Stelle studiert haben, geben zu folgenden Ausführungen Anlaß:

Am widerstandsfähigsten gegen Erdbeberückungen wie gegen Feuer haben sich die Eisenhochbaukonstruktionen mit eisernen Stützen und Decken erwiesen. Diese Bauart wird daher bei dem Wiederaufbau der Beschädigten



warenhäuser, Hotels und der v. r. tlichen Gebäude verwendet werden. Die Zahl der sogenannten "Schlupfräume" wird verhältnismäßig gering sein. Eine Stadt von dem im Verhältnis zu New York und anderen Städten des Ostens mächtigen Geschäftsumfange San Francisco braucht keine große Anzahl dieser enormen Häuser. Der Bedarf an Konstruktionsmaterial, Ziegeln, Zement, Eisen, usw. wird daher im ganzen nicht so bedeutend werden, wie in den ersten Schätzungen angenommen wurde. Der Aufbau wird sich auch durch mehrere Jahre hinziehen und daher auf langfristige Lieferungen bedürfen, die von den amerikanischen Eisenindustrien ohne Schwierigkeiten übernommen werden können. Den Bedarf der nächsten zwölf Monate an Konstruktionsmaterial für Eisenbahnbau haben die Fachleute jetzt auf rund 50 000 Tons geschätzt, welche Schätzung durch verschiedene Fachblätter bestätigt wurde. Der größte Bedarf, der am eiligsten gedeckt werden mußte, entfiel auf Material für provisorische Bauten, insbesondere an Draht, Wellblech, Nägeln und leichtem Profilblech. Dieser Bedarf ist wohl zum größten Teil schon aus den amerikanischen Beständen gedeckt worden. Inwiefern Eisen- und Betonkonstruktionen den Platz von Ziegeln, Gipssteinen und Holz bei dem Aufbau von Wohnhäusern und kleineren Geschäftshäusern einnehmen werden und ein wie großer Bedarf dadurch entfallen wird, läßt sich jedoch jetzt noch nicht absehen. Steinmauern sind natürlich bei den Erdschütterungen eingestürzt, während das Holzhaus der üblichen amerikanischen Konstruktion (das sogenannte "frame house") sich gegen Erdschütterungen an sich widerstandsfähig erweisen hat. Wo, wie meist üblich, der Holzerbau auf ein zwei bis drei Fuß über den Boden ragendes Steinfundament gesetzt war, mußte er durch die Zerstörung des Fundaments einsinken. Das nach dem Erdbeben entstandene Feuer hat natürlich in dem Holzwerk die beste Nahrung gefunden. Windstürme und Feuer haben schon viele der in der üblichen Holzkonstruktion errichteten Städte der Union, besonders im Süden und Westen, ganz oder teilweise vernichtet, und doch entstanden die Neubauten immer wieder in gleicher Bauart, da diese nun einmal den einfachsten, billigsten und schnellsten Aufbau gewährleistet. So wird es zum großen Teil wohl auch bei San Francisco geschehen, wo man hier annimmt. Vielleicht ergibt sich ein größerer Verbrauch und damit auch eine größere Möglichkeit des Imports von feuerfesteren Dach- und Wandbelagungen und Holzpräparierungen. Von den für Betonbau erforderlichen Materialien wird Zement noch in größerem Umfange verbraucht werden und für die nächste Zeit mehr absehbar sein. Die Bagatelle ist für importierten Zement in letzter Zeit der billigeren Schiffsfrachten wegen ein besseres Absatzgebiet gewesen als der Osten.

## Aus anderen Berufen.

### Generalversammlungen.

Der Verband der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter hielt am 5. August seinen 8. Verbandstag in Leipzig ab. Der Vorstandsrat leitete ein erfreuliches Anzeichen der Organisation. In der Berichtsperiode vom 1. April 1904 bis 31. März 1906 ist der Mitgliederbestand von 45 535 auf 98 386, also um 118 pSt., gestiegen. Da während dieser Zeit 123 429 Aufnahmen zu verzeichnen waren, sind leider 62 851 wieder ausgeschieden. Die Einnahmen betrugen 1 605 895,48, die Ausgaben 1 484 431,81. Der Kassenbestand ist von 253 748,79 im Jahre 1904 auf 435 212,46 gestiegen.

Unter den Ausgaben befinden sich folgende Posten: Reiseunterstützung 8 777,18, Streikunterstützung 652 127,43, Erwerbslosenunterstützung 1 665 812,44, Maßregelungsunterstützung 48 300,16, Sterbegeld 23 071,95, Umzugsgeld 18 266,16, Rechtschutz 7804,17, Agitation 83 975,55.

Der wichtigste Verhandlungspunkt war die "Landarbeiterfrage", d. h. die Frage, wie sind die Landarbeiter zu organisieren. Sie fand ihre Erledigung in der Annahme einer von Frau Riez entworfene Resolution. Es wird darin ausgeführt, daß geeignete Männer zur Vertretung der Agitation angestellt werden sollen. Dem Verbandsorgan soll eine, besonders für die Landarbeiter geeignete Zeitschrift beigegeben werden, die die wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Verhältnisse der Landarbeiter zu bearbeiten hat und den Landarbeitern Wegweiser und Ratgeber sein soll. Die angestellten Genossen sollen sich besonders, neben der eigentlichen Organisationsarbeit, der Sammlung statistischen Materials über die Lebensverhältnisse der Landarbeiter widmen. Der Beitrag der Landarbeiter soll 20 pSt. pro Woche betragen, dafür wird ihnen Rechtschutz, Kranken-, Umzugs- und Sterbeunterstützung gewährt. Des weiteren wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Generalversammlung, in Anbetracht der Wichtigkeit und Schwierigkeit des Planes diesem weitgehendste Unterstützung angedeihen läßt. Eine andere von Riez eingetragene Resolution sprach sich für eine selbständige Landarbeiterorganisation aus; sie fand aber keine Mehrheit. Von den anderen Verhandlungspunkten sei noch der Punkt "Maifester" erwähnt. Die angenommene Resolution lautet:

1. Der Verbandstag wolle es allen Verwaltungsstellen zur Pflicht machen, für die Arbeitsernte am 1. Mai unter folgenden Grundbedingungen einzutreten: In Fabriken, wo nach Art und Natur derselben eine andere Organisation Hauptfaktor ist, haben sich unsere dort als Hilfsarbeiter arbeitenden Kollegen den Verhältnissen der betreffenden Organisation zu fügen. In Betrieben, wo die Fabrikarbeiter ausschließlich sind, müssen zwei Drittel mindestens ein Verteilungskomitee organisiert sein und mit Vierfünftel-Majorität beschließen, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen. Werden die Kollegen ausgesperrt, so tritt der § 12 des Streikreglements in Kraft.

Die Bestimmung über den Beginn der Unterbrechung bei Arbeitsperrungen hat nur Gültigkeit für Betriebe, die hauptsächlich für unsere Organisation in Betracht kommen. In anderen Betrieben gelten die Bestimmungen der dort dominierenden Organisation.

2. Soll in einem Betriebe, wo sämtliche Kollegen dem Verbande mindestens drei Monate angehören, beschloßen werden, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, so ist 14 Tage vorher die Ortsverwaltung in Kenntnis zu setzen.

Der Beschluß ist in geheimer Abstimmung und in einer Vertikalenversammlung zu fassen.

Von den anderen Beschlüssen sei noch erwähnt, daß das Eintrittsgeld von 30 auf 50 pSt. erhöht wurde.

## Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

**Sitzung des Einigungsamtes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriebezirken am 16. August 1906.** Punkt 1: Einweisung über die bei der Schlichtungskommission für Maurer in Bochum unentschieden gebliebene Frage, ob äußerer glatter Zementputz auch von den Maurern während des Streiks der Stukkatoren ausgeführt werden darf oder nicht. — Es wurde beschlossen: Das Einigungsamt weist die Angelegenheit an die Schlichtungskommission Bochum zur nochmaligen Verhandlung in einer Sitzung, die innerhalb dreier Tagen einzuberufen ist, zurück, weil aus dem Protokoll die Sachlage nicht genügend klar hervorgeht und deshalb eine Entscheidung nicht möglich ist. Von dem Ergebnis ist dem Einigungsamt sofort Mitteilung zu machen. Das Einigungsamt beschloß bei dieser Angelegenheit grundsätzlich: alle Arbeiten, die über sogenannte Putzarbeiten hinausgehen, sind Stukkatorenarbeiten. Was glatte Putzarbeit ist, bestimmt sich nach dem ganzen Charakter der betreffenden Bauweise. Im übrigen entscheidet das ordentliche Gericht darüber, ob eine Arbeit als Stukkatorenarbeit anzusehen ist oder nicht. Ueber Bauten, in welchen Maurer derartige Stukkatorenarbeiten vornehmen, darf von der Maurerorganisation die Sperre nicht verhängt werden. Kein Maurer kann zur Ausführung derartiger Stukkatorenarbeiten gezwungen werden. Arbeiten, welche der Beginn eines Stukkatorenstreiks von Stukkatoren angehen, sind, sind auch nach Ausbruch des Streiks von Stukkatoren zu vermeiden.

Punkt 2: Einweisung über den bei der Schlichtungskommission unentschieden gebliebenen Streitfall Klem contra Biel. — Es wurde beschlossen: Der Streikfall wird zur Entscheidung an die Schlichtungskommission Gelsenkirchen zurückgewiesen. Sieht die Schlichtungskommission die Aussagen des Bruders des Beklagten als glaubwürdig an, was anscheinend der Fall ist, so ist der Kläger mit der Klage abzuweisen. Welchen Bedeutung an der Glaubwürdigkeit des Zeugen, ist dem Kläger anheimzugeben, seine Ansprüche durch Klage beim Gewerbegericht geltend zu machen.

## Polizei und Gerichte.

**Anmeldung von Vereinsversammlungen.** Der Zweigverein in Wiesbaden hat seine Mitgliederversammlung für alle Sonntage nach jedem ersten im Monat laufend angemeldet. Da man am Volksfesttage, 8. April, mit Rücksicht auf die Konfirmation, eine Versammlung nicht stattfinden lassen wollte, ging die Leitung des Verbandes am Tage vor Sonntag, den 1. April, nach der Polizei und meldete „gehoramt“, daß die Versammlung am Sonntag, den 8. April, am Sonntag, den 1. April, stattfinden. Die Polizei überwachte die Versammlung, und die gutmütigen Maurer glaubten dem Geschehen gefolgt zu haben; war doch jedes Mitglied am Konfirmationstage von der Versammlung freigesetzt. Die Maurer erkannten aber nicht, daß einige Wochen später ihre Genossen Schmidt, Stube, Künast, Jörn, Seidelmann und auch der Gastwirt Stübber, der zu der Versammlung sein Lokal zur Verfügung gestellt hatte, Strafmandate erhielten, nach denen sie je 15 Mark bezahlen sollten. Die Polizei erachtete eine Verletzung des Vereinsgesetzes für vorliegend und bezugte so: Es hat eine Versammlung, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert worden sind, stattgefunden, über die seitens der Polizei eine Vernehmung nicht veranlaßt worden sei. Das Altscheb Schöffengericht erklärte aber das Vorgehen der Polizei für ungerecht und sprach sämtliche Angeklagten von Strafe und Kosten frei. Gegen dieses Urteil legte nun aber der Staatsanwalt Berufung ein, wodurch die Sache vor der hiesigen Strafkammer zur Verhandlung kam. Die Angeklagten behaupteten, dem Geschehen vollständig Genüge getan zu haben. Sie hätten mündlich im Polizeigebäude mitgeteilt, daß jene Versammlung am Sonntag, am 1. April, stattfinden. Davon, daß die Versammlung etwa zu spät angemeldet worden sei, habe die Polizei nichts gesagt. Ein Polizist habe die Versammlung überwacht und auch nichts Anstößiges daran gefunden; andernfalls würde er wohl zur Auflösung geschritten sein. Uebrigens müßte bestritten werden, daß in der Versammlung öffentliche Angelegenheiten erörtert worden seien. Man habe über Bauarbeiterstreik diskutiert und auch wohl darüber geredet, wie man die Abkommen des „Volksblattes“ vernehme. Ein Polizist bestätigte im wesentlichen die Angaben der Angeklagten. Die Versammlung sei allerdings nicht schriftlich angemeldet gewesen; die Polizei sei aber davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die Versammlung stattfinden. Eine Bescheinigung der Anmeldung sei nicht erfolgt und auch in der Versammlung habe man von den Maurern eine Bescheinigung nicht verlangt. (Wann ist die Polizei verpflichtet, auf jede regelrecht angemeldete Versammlung sofort eine Bescheinigung auszustellen. Dies hätte sie im vorliegenden Falle unterlassen. Um so mehrwird erscheint es deshalb, daß der Bürgermeister auf Anzeige der Angeklagten drang.)

Der Staatsanwalt beantragte die Verurteilung der Angeklagten, da in jener Versammlung öffentliche Angelegenheiten erörtert worden wären. Es sei über Arbeiterstreik, Gesetzgebung, über Bauarbeiterstreik usw. geredet und zum Abkommen auf das „Volksblatt“ aufgefordert worden. Die Versammlung sei nicht ordnungsgemäß angemeldet gewesen und eine Bescheinigung dazu habe nicht vorgelegen. — Der Verteidiger der Angeklagten, der Rechtsanwalt Dittenberger, bestritt, daß in jener Versammlung öffentliche Angelegenheiten erörtert worden sind. Man habe in jener Versammlung darüber geredet, daß bei Streiks jüngere Arbeiter die Stadt verlassen sollen. Dies sei eine reine lokale Angelegenheit, die mit dem Gesamtstreik des Staates gar nichts zu tun habe. Die Arbeiterstreikgesetzgebung und den Bauarbeiterstreik habe man in früheren Versammlungen nur nebenbei diskutiert, und wenn zum Abkommen auf das „Volksblatt“ aufgefordert worden ist, so sei dies ebenfalls keine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. Bei Bekanntgabe der Tagesordnung jener Versammlung habe

man extra gesagt, es liegt heute nichts Besonderes vor, wir reden über Streikgesetze. Nach jenen Erörterungen sei eine Anmeldung der Versammlung nicht einmal nötig gewesen. Die Angeklagten haben aber trotzdem eine regelrechte Ueberwachung herbeigeführt und der Beamte, der die angeblich ungesetzmäßige Versammlung überwachte, ist nicht etwa zur Auflösung geschritten. Sollte man aber trotzdem annehmen, die Angeklagten haben die regelrechte Anmeldepflicht nicht beachtet, so muß hier anerkannt werden, daß sie im guten Glauben und in einem tatsächlichen Irrtum gehandelt haben. In diesem Falle stehe ihnen dann laut mehrerer Entscheidungen des Reichsgerichts der Schutz des § 50 des Strafgesetzbuches zur Seite. Die Freisprechung der Angeklagten ergiebt eine auf alle Fälle geboten.

Das Gericht verwarf die Berufung des Staatsanwalts und bestätigte auch das freisprechende Urteil erster Instanz. In der Urteilsbegründung hieß es, das Gericht habe die Ueberzeugung, daß in jener Versammlung öffentliche Angelegenheiten nicht erörtert worden sind. Daß in früheren Versammlungen einmal solche Angelegenheiten erörtert worden sind, beweist nicht auf der Schlussfolgerung, daß dies auch in fraglicher Versammlung geschehen sein müsse. Die in Frage kommende Tagesordnung sei nichtsagend gewesen und die Voraussetzungen des § 1 des preussischen Vereinsgesetzes sind nicht erfüllt gewesen. Die Angeklagten waren freizusprechen und die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Trotz der Freisprechung haben die Kollegen für ihre Rücksichtnahme auf die Kirche eine „ganz nette Scherezei“ gehabt.

**Ein Nachspiel zu dem Ammenborfer Maurerstreik.** Robuster Unternehmer — keine Beleidigung! Der Staatsanwalt klagte wieder einmal im öffentlichen Interesse des Maurermeisters Reichardt wegen Beleidigung, aber ohne Erfolg. Als Angeklagter mußte der 33jährige Maurer Hermann Voigt auf der Anklagebank Platz nehmen. Am 18. April d. J. fand in einem Lokale in Burg in der Rue eine Versammlung statt, in der über die Verhältnisse der Maurer beraten wurde. Hierbei soll Voigt, der den Vorhitz führte, die Meinung geäußert haben: „Der robuste Unternehmer Reichardt, nur die Not hat ihn getrieben, hier raus zu kommen, dem müssen wir einmal gehörig auf die Finger kommen.“ Der Angeklagte gibt zu, daß er jene Worte dem Sinne nach gebraucht haben könne. Er sei zu dieser Äußerung durch das Verhalten des Herrn Reichardt gekommen. Reichardt habe sich gewissermaßen des Vorwurfs schuldig gemacht, indem er früher gesagt, wenn die Unternehmer da draußen, in der Umgebung von Halle, Burg a., erst in dem Unternehmerverband wären, dann wollte er, Reichardt, dafür sorgen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch für die Maurer besser würden. Anstatt, daß die Lohnverhältnisse aber besser geworden sind, seien sie eher schlechter geworden. Angeklagter habe nur im Interesse der Sache geredet, dabei aber den Namen Reichards mit nennen müssen; gänzlich ferngelegen habe es ihm aber, den Reichardt zu beleidigen. Uebrigens sei der Ausdruck „robust“ gar nicht beleidigend.

Zeuge Gerdarm Bod, der die Versammlung — in der übrigens dann der Streik beschlossen worden ist — überwacht hat, sagt aus, er habe in den Worten „robust“ z. eine Aufreizung und eine Beleidigung des Herrn Maurermeisters Reichardt erblickt; deshalb habe er diese Worte auch sogleich zu Papier gebracht. Er wisse auch von Herrn Reichardt, daß dieser sich, als er ihm die Worte mitgeteilt habe, entschieden beleidigt gefühlt habe. Der Staatsanwalt war natürlich der Ansicht, daß durch die Äußerung das Ansehen Reichards verringert werden konnte und beantragte gegen Voigt 50 Mark Geldstrafe eventuell zehn Tage Gefängnis und Publikationsbefugnis.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dittenberger, führte aus, das Gericht müße doch die Umstände berücksichtigen, unter denen die Äußerung gefallen ist. Das war eine Gelegenheit und eine Situation, bei der die Arbeiter ihre Worte nicht auf die Goldwaage zu legen pflegen. Wenn nun aber dies die einzigen auffälligen Worte sind, die der Gerdarm aus jener Streikversammlung als Intrinsimiert ansah, dann muß doch die Versammlung äußerst gesetzlich, friedlich und anständig verlaufen sein. Eine so harmlose Redensart sollte man überhaupt nicht unter Anklage stellen. Was heißt denn eigentlich robust? Das Wort stammt aus dem Lateinischen und ist abgeleitet von hartem Holz; es heißt so viel als stark und kräftig. Es bedeutet mehr eine Anerkennung der Tüchtigkeit, und man kann im Zweifel sein, ob es nicht eher ein Lob als einen Tadel enthält. Der Angeklagte wollte mit seiner Äußerung nur sagen, daß dieser „starke Mann“, Herr Reichardt, weicher gemacht werden müsse. Der Angeklagte sei freizusprechen.

Das Gericht sprach den Angeklagten frei und legte der Staatskasse die Kosten zur Last. In der Urteilsbegründung hieß es: Das Streifenstich vom Gesetz nicht verboten; auch die Aufforderung dazu nicht. Es ist das gute Recht eines jeden Preußen, sich zu versammeln und in der Versammlung auch den Mund aufzutun. Alles das verneint das Gesetz nicht. Was nun die gefallenen Worte anbelangt, so habe das Gericht nicht entfernt in diesen Worten eine Beleidigung erblicken können. Die Freisprechung sei deshalb geboten gewesen.

**Das staatsgefährliche Stockwippen.** Das Landgericht Weiden, resp. seine Juristen Kleinwachter, Lindner, Schag, Rehmet und Gärtner, hat unseren Kollegen Piszel in Königsbütte in der Berufungsinstanz zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Wenn man die dem Urteil zu Grunde liegende „Strafstat“ betrachtet, wird man wieder inne, mit welcher Virtuosität die ehrbare Frau Justitia ihr Waagegeschäft zu betreiben versteht. Piszel gehörte mit zu den freiesten Maurern in Schwienichowitz. Während des Streiks arbeitete ein sogenannter Kollege Hydret in einem Hause, wo er Reparaturarbeiten ausführte. In diesem begab sich Piszel, um ihn zur Unterlassung dieser Arbeiten zu bewegen. Er fragte ihn: wie er sich unterstellen könne, zu arbeiten, wo doch die sämtlichen anderen Maurer streikten. Hydret sagte, er müsse arbeiten, denn er habe seine Eltern zu



unterstützen. Trotzdem soll er weiter versucht haben, den S. für den Anschlag an den Streik zu gewinnen. Hierbei soll er den Stod, den er bei sich trug, bewegt haben. In der Urteilsbegründung wird ausdrücklich konstatiert, daß S. den S. nicht berührt hat. Vielmehr habe er seinen Stod magerecht gehalten und damit „gewippt“. Nun reicht dies Wippen aber hin, daß der S. anfangs, sich zu fürchten und fortfliehen. Im nämlichen Augenblick kam ein Gendarm daher, der dann das weitere mit der üblichen Sicherheit besorgte. S. bekam eine Anklage wegen Vergehens gegen die §§ 132 und 133 und das zuständige Schöffengericht verurteilte ihn zu einem Monat; das Landgericht Weuthen hat das Urteil bestätigt. Der Angeklagte bestritt, überhaupt einen Stod bei sich getragen zu haben, aber der „bedrohte“ S. bestritt es, also mußte es wahr sein. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte darum gewippt habe, um dem S. andeuten, der Stod würde auf seinem Rücken wippen, denn er nicht aufhören würde, zu arbeiten. Nun, der Kollege Wippt mit seinem Monat abhien, hoffentlich ohne schweren Schaden dabei zu erleiden; aber die Ernte kommt. Die Wust, die in der Oberfläche ausgebreitet wird, wird aufgehen, und je härter die Stürme brausen, um so fester wird die Organisation Wurzel schlagen.

**\* Immer neue Opfer!** Im Begriff, auf die Arbeit zu gehen, kommt der Maurer Karl Paul Knirsch in früher Morgenfrunde in die Südhalle des Hauptbahnhofs an. Deren. Dort steht ein Arbeiter, der auf die Abfahrt eines Zuges wartet und lächelt Knirsch an. Dessen laubiges Auge erkennt in dem ihn Ansehenden sofort einen Berufscollegen, grüßt ihn und fragt, wohin und was er des Weges. Der sagt, daß er im Begriff ist, auf Arbeit zu fahren. Knirsch fragt ihn wo er denn da hinfahre. „Nach Schanbau.“ Aber in Schanbau streiken doch die Maurer. „Das ist mir doch egal, ich habe dort Arbeit erhalten; das kann dir doch auch egal sein. Du denkst wohl, Du kannst mich davon abhalten? Euch Organisierten werden mit das schon bald abgewöhnt.“ Der provozierende Arbeitswillige war der 33jährige Maurer Joseph Müller aus Großschönau. Er wurde noch ausfalliger, Knirsch rief noch aber den Braten und ließ sich nicht weiter mit ihm ein. Inzwischen war der Maurer Artur Otto, der sich gleichfalls auf seine Arbeit begeben wollte, aus der Südhalle in die Südhalle gekommen und hatte von fern dem Vorgang zugehört, ohne mit einem der Anwesenden ein Wort zu wechseln. Außer den beiden Maurern hielten sich in der Nähe noch einige Metallarbeiter auf. Da kommt gerade am Schluß dieses Dialogs der Streikbrecheragent Friedrich Karl Baumbach, sieht den Maurer Knirsch, geht sofort in die Bahnhofsgeleise und kommt mit einem Schuttmann wieder. Dieser fordert Knirsch auf, ihm zur Feststellung seiner Personalien mit in das Wachtlokal zu folgen. Müller bezieht auch den völlig unbedeutenden Otto mit den Worten: „Dieser auch mit.“ Otto wird ebenfalls aufgefordert, mitzugehen. Die beiden Eiterten fragen den Schuttmann, was sie eigentlich sollen, sie hätten doch nichts getan. „O, es ist weiter gar nichts. Sie können gleich wieder gehen. Sie sollen uns nur Ihre Namen angeben! erwiderte ihnen der uniformierte Wächter über Ruhe und Ordnung im Staate in dem liebenswürdigsten Tone, dessen er fähig ist. Im Vollgefühl der Hebertzungen, nichts getan zu haben, was auch nur den Gehörten eines Vorwurfs auf sie werfen könnte, folgten sie ihm und erteilten ihm bereitwillig Auskunft im Sinne des Geheimnisses: Deinen Namen will ich wissen, Deine Heimat, Deine Sippschaft! Knirsch schwante nichts Gutes, denn das Gesicht des Streikbrecheragenten Baumbach ließ ihm keine Ruhe. Er erinnerte sich eines Zusammenstehens mit diesem vor noch nicht so langer Zeit. Knirsch sah war ohne Arbeit und meldete sich auf ein Geschäft nach Schanbau. Er begab sich nach dem Restaurant „Johannhäuter Wab“. Dort hatte die „Freie Vereinigung“ der Streikbrecher unter ihrem „Leiter“ Baumbach, wie er sich selbst an Gerichtsstelle nicht ohne Stolz nannte — ein Streikbrecherbureau eingerichtet. Knirsch fand sich nach wenigen Sekunden dem spiritus rector dieser ehrenwerten Gesellschaft gegenüber. „Sie können Arbeit zu vollen Bedingungen haben.“ — „Das ist schön, wo denn?“ — „In Schanbau.“ — „Aber dort wird doch gestreikt! Streikbrecherarbeit made it keinel!“ — „Machen Sie, daß Sie rauskommen. Euch Organisierten werde ich's schon anstreichen; ich habe schon manchen geliefert. Wenn ich Sie einmal erwische, sind Sie d'ran!“ — Mit greifbarer Deutlichkeit fand diese Drohung sehr vor seinem geistigen Auge, und er glaubte annehmen zu können, daß „er jetzt d'ran sei“. Er sollte sich in seiner Ahnung nicht getäuscht sehen. Arbeitswilliger und Arbeitswilligenagent hatten gegen ihn und Otto Strafantrag wegen Verleumdung und Nötigung im Sinne des § 133 gestellt. Knirsch soll den zur Verhandlung nicht erschienenen, kommissarisch vernommenen Arbeitswilligen einen „Ragabunden“ und „Streikbrecher, der seinen kämpfenden Kollegen in den Rücken falle und dem die Knochen kaputt geschlagen würden.“ genannt haben. Baumbach, den Gauptling der „Freien Vereinigung“, soll er Streikbrecheragent benannt und Otto soll „mitgeschimpft“ haben. Der Zeuge Kühnel, der bei dem Vorgang zugegen war, hat von den angeblichen Schmeicheleien kein Wort gehört. Der Anwalt beantragt eine empfindliche Freiheitsstrafe und bittet zu berücksichtigen, mit welchem Deteriorismus die bösen Streikbrecher die bedauernswerten Arbeitswilligen zur Teilnahme am Streik und zum Eintritt in den Verband zu bewegen suchten. Nachdem Knirsch noch an einigen Beispielen die geradezu herabragende „Glaubwürdigkeit“ seiner beiden Verleumdungen zu beweisen gesucht und noch darauf hingewiesen, daß Müller schon zahlreiche ehrenhafte Arbeiter, darunter den Vertrauensmann Bürger, falsch angeklagt hat, und daß er sich mehrfach dessen gerühmt habe, schon so viele anständige Menschen hinter Schloß und Riegel gebracht zu haben, wird er wegen Verleumdung und Nötigung im Sinne des zweiten aller Verleumdungsparagraphen zu drei Wochen Gefängnis (1) verurteilt. Der — ohne gesprochen zu haben — „mitgeschimpft“ habende Otto erhält zwei Tage Gefängnis, weil er noch niemals bestraft war. Er hat somit das Verfaumte nachgeholt.

## Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 48 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Annahme. — Partei und Gewerkschaft. Von R. Kautz. — Vermehrungen über Massenhygiene und Sozialismus. Von Oda Döber (Rom). — Die Kriegsschule und das Bildungsproblem. Von Otto Geithner. — Die wirtschaftlichen Ursachen der revolutionären Bewegung in der Türkei. Von Alexander J. Jantoff. Literarische Rundschau: Emma Adler, Die berühmten Frauen der französischen Revolution. Von O. L.

**Sozialdemokratie und Antisemitismus** von August Bebel. Sonderabdruck der Rede, die Bebel über dieses Thema auf dem Parteitag in Köln gehalten hat. Die Broschüre war seit längerer Zeit vergriffen. Die empfindenden Judenverfolgungen in England und die Haltung der deutschen antisemitischen Presse zu diesen Schandakten der russischen Reaktion haben dem Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Veranlassung, die Schrift neu herauszugeben. Bebel legt den prinzipiellen Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Antisemitismus fest und erklärt die antisemitische Bewegung aus den historischen Ursachen und den sozialen Verhältnissen. Im Anhang weist Bebel nach, daß die Junker die wirklichen Feinde des Kleinbauern sind, und in einem der neuen Ausgabe beigelegten Nachtrag berührt er die russischen Zustände, die zu den vorliegenden Judenverfolgungen geführt haben. Der Preis für die Broschüre ist 75 A, eine Agitationsausgabe kostet 80 A.

**Die Mutterschaftsversicherung.** Ein Beitrag zur Frage der Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen. Von Lily Braun, Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 50 A, Agitationsausgabe 20 A.

Auf der Tagesordnung der diesjährigen Frankfurter Konferenz in Mannheim steht u. a. auch die Frage der „Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen“. Zweifellos ist es eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialpolitik, die erwerbsfähige verheiratete Frau vor dem schädigenden Einfluß zu bewahren, den die Arbeit auf die geschlechtlichen Funktionen des Weibes und auf die Entwicklung der ganzen Generation ausübt. Diese Frage des Arbeiterinnenwohlstandes gewinnt mit der raschen Zunahme der Erwerbstätigen verheirateter Frauen immer größere Bedeutung. Die Verfasserin zeigt, welchen Umfang die Frauenarbeit genommen hat. Ihre Forderung auf die gesundheitlichen Verhältnisse der Arbeiterfrau und auf das Familienleben der Arbeiterfamilie. Sie schildert die Unfruchtbarkeit des bisherigen Schicksals auf diesem Gebiet und eröffnet Vorschläge, wie die Sozialreform einzusetzen hat, um wenigstens die schlimmsten Folgen der kapitalistischen Ausbeutung von dem heranwachsenden Geschlecht abzuwenden.

## Briefkasten.

**Berichtigung.** In der Briefkastennotiz unter Wier, F. M. in der vorigen Nummer ist ein fälschlicherweise Druckerfehler stehen geblieben. Es muß richtig heißen: wenn nach 13 Wochen noch eine Veränderung in der Gewerkschaft fällig ist vorhanden ist. **Lachendorf, W.** Gewiß müssen Sie über die Bewegung auch an den „Grundstein“ berichten. Das wäre eine schöne Geschichte, wenn wir die ganzen Streikberichte aus den Verbandsakten herausheben könnten.

**Trübsch, A. E.** Die Krankenkasse muß bezahlen. Weigert sie sich, so muß sie an dem Ort, wo sie ihren Sitz hat, beim Amtsgericht verklagt werden.

**Capel, D. R.** Die Broschüre über die Herstellung von Terrazzo erhalten Sie von G. Lamprecht in Schönebeck a. d. Elbe, Köhnigstr. 9.

**Leitmann, J. E.** Von solchen Landkarten, wie Sie sie erwähnen, ist uns nichts bekannt. Ebenfalls ist darüber etwas in unserer Blatte erschienen.

**Rubro, S. B.** Wir wollen davon absehen, die Sache im „Grundstein“ breitzutreten. Überlassen wir es ruhig den Christen, mit solch kleinen Sachen freiben zu gehen.

**Sarkis, A. T.** Es sind weder Einbanddecken noch gebundene Jahrgänge des „Grundstein“ mehr vorhanden. Ein Inhaltsverzeichnis können Sie noch bekommen.

**St. Johann, F. A.** Wir müssen dringend bitten, die Verträge mit uns zu schreiben.

**Freising, J. W.** Teilen Sie uns, bitte, noch mit, wie der Baumeister heißt.

## — Anzeigen. —

### Annaberg.

Adresse des Kassierers ist: **Eduard Irmisch**, Mariengasse 7. [M. 1,20]

### Nordenham.

Der erste Vorsitzende unseres Zweigvereins heißt nicht **Oechermann**, wie irrtümlich in Nr. 33 gefehlt war, sondern **Oechsmann**; der erste Kassierer, Kollege Niemann, wohnt nicht in **Etzwörden**, sondern in **Etzwörden**. Wir bitten, diese Mängel zu beachten. Der Vorstand.

### Herzberg.

Beiträge werden jeden zweiten Sonntag im Monat von 12 bis 2 Uhr im Lokale des Herrn **Karsch**, vom Kassierer entgegengenommen. [M. 1,50] Der Vorstand.

### Hamm i. W.

Die Zweigvereine der Maurer und Bauhilfsarbeiter feiern am 9. September, Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn **Winkler**, Königsstraße, ihr

## Erstes gemeinschaftliches Stiftungsfest

bestehend in  
**Konzert, Preßschießen, Gesang, humorist. Vorträgen**  
und darauffolgendem Ball,  
unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins „**Lyra**“.  
Sämtliche Kollegen von Hamm und Umgegend sind mit  
ihren Familien freundlichst eingeladen.  
[M. 4,50] Das Festkomitee.

## Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile steht 10 A.)

**Altenburg.** Am 17. August starb der Verbandskollege **Ernst Müller** aus Ehrenheim im Alter von 89 Jahren.

**Bremerhaven.** Am 18. August starb nach langer Krankheit unser Kollege **Heinrich Harder** im Alter von 23 Jahren an der Prostatastrankheit. — Am 25. August starb nach länger, schwerer Krankheit unser Kollege **Hermann Kaeschke** im Alter von 64 Jahren.

**Frankfurt a. M.** Am 19. August starb unser Kollege **Ludwig Sauer** im Alter von 29 Jahren an Lungenschwundstucht.

**Sof.** Am 20. August starb nach langem, schwerem Leiden an Lungentuberkulose und Gehirnentzündung unser Kollege **Georg Becker** aus Weidenbach im Alter von 22 Jahren. Er war ein treues Mitglied unserer Zofstille.

**Ingolstadt.** Am 16. August ist unser Verbandsmitglied **Rudolf Barwig** erkrankt.

**Rein-Schönbeck.** Am 19. August starb unser Verbandskollege **Wilhelm Puhlmann** im Alter von 27 Jahren an Lungenerkrankung.

**Kienitz.** Am 25. August starb nach kurzer Krankheit unser treuer Kollege **Gustav Friedrich**.

**Meerane.** Am 22. August starb Verbandskollege **Johann Kiecher** nach langem Leiden im Alter von 71 Jahren.

**Neufals.** Am 21. August starb unser Ehrenmitglied **Friedrich Schmidt** im Alter von 56 Jahren an Magenleiden.

**Pirna.** Am 13. August starb an Lungentuberkulose der Kollege **Hermann Köhler** aus Seßlig im Alter von 35 Jahren.

**Sargard i. Meckl.** Am 20. August starb unser treuer Verbandskollege **Friedrich Kiebo** im Alter von 69 Jahren an Schlaganfall.

Gere ihrem Andenken!

## Verksammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

### Verbandsversammlungen der Maurer.

#### Sonntag, den 1. September.

**Kahla.** Versammlung, Angelegenheiten betreffend. Abends 8½ Uhr bei Herrn **Schäfer**, Hühnerdorferstraße. Mitgliedsbücher mitzubringen.

#### Donnerstag, den 2. September.

**Arnsvalde.** Nachm. 3 Uhr im „Goldenen Löwen“.

**Belzig.** Nachm. 3 Uhr. Referent anwesend.

**Bütow i. Pom.** Nachm. 3 Uhr. T. O.: Wahl des Vorsitzenden.

**Dahlen.** Nachm. 4 Uhr beim Kollegen **Hermann Heisterborn**.

**Frankenhausen-Kyffh.** Nachm. 8½ Uhr im „Barbarossagarten“.

**Niemegk.** Nachm. 3 Uhr. Referent anwesend.

**Ohlau.** Nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zur Stadt Oels“. Die Köche sind mitzubringen.

**Schkeuditz.** Nachm. 8½ Uhr in Eichmüllers Restaurant.

**Schmarnewitz.** Nachm. 11 Uhr Besprechung bei Oskar Küßig in Dahlen i. S.

**Völkershausen.** Tagesordnung: Abschluß von dem Vereinsfest.

**Wittstock.** Nachm. 2 Uhr.

**Zerbst.** Nachm. 8½ Uhr. Wichtige Besprechung.

#### Dienstag, den 4. September.

**Blitterfeld.** Abends 8½ Uhr.

#### Mittwoch, den 5. September.

**Berlin.** Gruppe **Reichspost**. Abends 8½ Uhr bei Jannsch, Insekt. 10. Vorträge: „Die russische Revolution“.

**Guben.** Abends 7 Uhr bei Stein. Mitgliedsbücher mitbringen.

**Wittenberg.** Abends 8 Uhr bei Otto.

#### Donnerstag, den 6. September.

**Danzig.** Abends 7 Uhr bei **Stapp**, Schütz. T. O.: 1. Die Arbeiter und ihre Schicksale. 2. Bericht d. Kartellbelegierten. 3. Bericht d. Kartellbelegierten.

**Glogau.** Abends 8½ Uhr im „Kastell“.

#### Freitag, den 7. September.

**Berlin.** Gruppe **Reichspost**. Abends 8 Uhr im **Gewerkschaftshaus**, Engelstr. 16, Saal 1. Vorträge: „Kolonial- und Weltpolitik“.

**Schöneberg b. Berlin.** Abends 8½ Uhr bei Oß, Weiningerstr. 8.

#### Sonntag, den 8. September.

**Schleiz.** Abends 6 Uhr im **Gewerkschaftshaus**.

**Wanne.** Abends 8 Uhr im Lokale des Herrn **Hammer**, Schütz. 9.

#### Donnerstag, den 9. September.

**Oranienburg.** Mitgliedsbesprechung.

**Probstzella.** Nachm. 3 Uhr im **Schleibhaus** zu Gersdorf.

#### Sonntag, den 16. September.

**Coblenz.** Nachm. 10½ Uhr im „Goldenen Ring“.

#### Öffentliche Maurerverfassungen.

#### Dienstag, den 4. September.

**Neusalz.** Im „Deutschen Kaiser“ (Wann?)

#### Öffentliche Bauhandwerker-Versammlung.

#### Sonntag, den 2. September.

**Kemberg.** Nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zur preussischen Krone“. Referent anwesend.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt **Kuer & Co.** in Hamburg.